:antifaschistische nachrichten

Nr. 5

g 3336 9.3.2006 22. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Razzia im Onlineshop

WURZEN. Ende Februar wurden bei einer Hausdurchsuchung in den Räumen des Internet-Versandhandels „Front Records" von Thomas Persdorf 177 T-Shirts mit volksverhetzenden Aufdrucken, fünf Tonträger und Geschäftsunterlagen beschlagnahmt. Es bestehe der Anfangsverdacht auf den Tatbestand der Volksverhetzung und der Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole, teilte die Leipziger Staatsanwaltschaft mit. Zuletzt war es im vergangenen Juni zu einer Hausdurchsuchung bei „Front Records" gekommen. Damals waren u.a. 192 CD-Booklets beschlagnahmt worden, auf denen u.a. ein Hakenkreuz abgebildet war. *hma* ■



Nazi„aufmarsch" in Köln blieb übersichtlich

„1000 Polizisten für'n Haufen Elend"



So titelte der Kölner Sonntagsexpress und traf damit ganz gut den Eindruck, den der „Aufmarsch", von Christian Worch angemeldet und von der Kameradschaft Köln um Axel Reitz organisiert, auf die zahlreich erschienenen Kölnerinnen und Kölnern machte. Nur ca. 60 Neonazis waren dem Aufruf „gegen Multikulti und Moscheebau" gefolgt. Die Auflagen waren streng. Rechte Symbole, Markenzeichen auf der Kleidung mussten unter Klebeband verschwinden, Reitz den Mantel wechseln. Vergeblich hatte Polizeipräsident Steffenhagen versucht, am OVG Münster noch ein Demonstrationsverbot durchzusetzen, nachdem das Kölner Verwaltungsgericht sein Verbot aufhob.

Der kurze Weg durch Ehrenfeld, eskortiert von Polizei, wurde zum Spießrutenlaufen. Die Ehrenfelder zeigten deutlich, was sie davon hielten. Von Balkonen flogen Eier und Gemüse. Die Gegendemonstranten fanden allerdings keine Lücke in den hermetisch abgeriegelten Querstraßen, ihnen blieb nur lautstarker Protest an den Absperrungen.

Beeindruckend allerdings, wie viele sich schon um 8 Uhr morgens zur Mahnwache an der Gedenktafel für die hingerichteten Zwangsarbeiter und Edelweißpiraten einfanden. Der DGB-Vorsitzende Uellenberg-van Dawen hatte viele unterschiedliche politische Kräfte zur Zusammenarbeit bewogen, Parteien, Kirchen, die jüdische Gemeinde und DITIB, die den Moscheebau in Ehrenfeld planen, Mitglieder der verschiedensten politischen Organisationen und Initiativen und viele Ehrenfelder Bürger und Bürgerinnen. Die Polizei ließ sogar „Zigeuner" durch, wie Sänger Rolly Brings ironisch anmerkte und so jamten auf der Bühne Rolly Brings & Bänd, Klaus der Geiger und das Markus-Reinhardt-Ensemble.

Auf der Kundgebung am Neptunplatz, die ab 9.30 Uhr schon parallel zu der am Bahnhof Ehrenfeld begonnen hatte, gab es vor allem lateinamerikanische Rhythmen. Der Redner der VVN-BdA, Peter Trinogga wies darauf hin, dass das Motto von Reitz und Worch nicht von diesen erfunden wurde, sondern von Leuten, die seit der letzten Kommunalwahl im Rat und den Bezirksvertretungen sitzen: „Ich meine die Saubermänner und -frauen von ‚Pro Köln', die den Naziaufmarsch heuchlerisch verurteilen, obwohl die rassistischen Slogans von ihnen selbst stammen. Manfred Rouhs und seine Freunde sammelten zuerst Unterschriften gegen den geplanten Neubau der Moschee. (...) Und die offenen Nazis wissen das genau und weisen sogar im Internet darauf hin: Sie schrieben an die NPD Köln, mit der sie sich zur Zeit streiten, sie solle sich ein Beispiel an der erfolgreichen Kommunalpolitik von „Pro Köln" nehmen. Markus Beisicht, einer der führenden Köpfe der sogenannten ‚Bürgerbewegung pro Köln' war der Verteidiger des Nazis Axel Reitz, als dieser unlängst vor Gericht stand und zu zwei Jahren und neun Monaten Gefängnis verurteilt wurde. So sieht deren Distanzierung aus!

Einig sind sich die Rechten alle darin, dass sie in den Kategorien von „Völkern" denken und behaupten, diese Völker wären so unterschiedlich wie verschiedene Tierarten es wären. Durch diesen Rassismus gelangen sie zu menschenfeindlichen Parolen wie „Multikultur abschaffen" oder „Deutschland den Deutschen" und von diesen Parolen zu brennenden Häusern und ermordeten Menschen. In Solingen war diese Saat aufgegangen! Wir lehnen deshalb jeglichen Rassismus und Nationalismus ab: Deutschland gehört nicht den Deutschen, Frankreich nicht den Franzosen, die Türkei nicht den Türken sondern all denen, die in diesen Ländern leben."

Den Platz vor dem Islamischen Zentrum von DITIB hatten die NazigegnerInnen belegt. Die Kundgebung der Nazis fand abseits davon statt. „Express": „Nach ein paar Reden war der Nazi-Spuk vorbei, zumindest in Ehrenfeld. Die Nazi-Karawane zog mit der S-Bahn samt Polizei weiter nach Porz. Dort gab's das gleiche Trauerspiel noch mal". *u.b.* ■

Aus dem Inhalt:

61. Jahrestag der Selbstbefreiung des KZ Buchenwald: Wachsam und aktiv bleiben:

Öffentliche Gedenktage für die Opfer des deutschen Faschismus und ein aktives Erinnern an den vielfältigen antifaschistischen Widerstand sind richtige und wichtige „Markenzeichen" einer Demokratie. Beides nicht zu einem bloßen „Ritual" oder zu einer institutionalisierten Veranstaltung werden zu lassen, das ist eine Herausforderung für alle Antifaschist/i nn/en und eine tagtägliche Aufgabe für jeden demokratisch denkenden und handelnden Menschen. Denn nur durch das persönliche Engagement vieler Einzelner gemeinsam in Gruppen und Organisationen wird es gelingen, (neo)faschistische Aktivitäten und Propaganda zu unterbinden und/oder politisch wirkungslos zu machen. Gleichzeitig müssen die sozialen Wurzeln des Nazismus – die aus den ökonomischen Verhältnissen erwachsende Perspektivlosigkeit, die häufig erlebte politische Ohnmacht und die nicht selten erduldeten Demütigungen – aktiv bekämpft und Alternativen einer solidarischen Gesellschaft aufgezeigt werden. Die Chancen für eine Welt des Friedens und der Freiheit, wie sie im Schwur von Buchenwald gefordert wird, wachsen mit dem Eintreten von mehr Menschen für ihre Rechte, ihre Interessen und ihre berechtigten Forderungen nach der Schaffung von Arbeitsplätzen sowie der Garantie von sozialer Sicherheit, einem ausreichenden Einkommen und einer allseitigen Bildung. Heute kann das Vermächtnis der politischen Häftlinge des Konzentrationslagers Buchenwald nicht besser als auf diese Weise wachgehalten und verwirklicht werden. Denn die Schuldigen an den Verbrechen des Hitler-Faschismus können nur noch in seltenen Fällen zur Rechenschaft gezogen werden. Doch es bleibt das Ziel, allen (neo)faschistischen, rassistischen und militaristischen Bestrebungen den sozialen und politischen Boden zu entziehen. In diesem Sinne rufen wir alle Antifaschistinnen und Antifaschisten auf: Demonstrieren wir auf der Gedenkveranstaltung zum 61. Jahrestag der Selbstbefreiung am 9. April 2006 in Buchenwald unsere Bereitschaft und Entschlossenheit zum Kampf für eine solidarische Welt des Friedens und der Freiheit!

Veranstaltungen am 9. April 2006 in der Gedenkstätte Buchenwald

10 Uhr: Gedenkveranstaltung zum 120. Geburtstag und zur Ermordung des KPD-Vorsitzenden Ernst Thälmann im KZ Buchenwald. Politische Würdigung durch den 100-jährigen ehemaligen Buchenwald-Häftling Willi Kirschey. Ort: an der Gedenkplakette im Hof des Krematoriums

13 Uhr: Kundgebung zum 61. Jahrestag der Selbstbefreiung des KZ Buchenwald
Ort: Appellplatz. Es sprechen: Bertrand Hertz, Internationales Komitee Buchenwald-Dora und Kommandos (IKBD), Günter Pappenheim, Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora, ein Widerstandskämpfer aus Österreich
Anschließend gemeinsamer Gang zum Mahnmal Kranzniederlegung im Glockenturm
Es spricht: Gert Schramm, Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora
15 Uhr Aussprache mit ehemaligen Häftlingen, Ort: Jugendbegegnungsstätte

Anzeige gegen „Irdenwerk"

ÖSTERREICH/WELS. Der Onlineverkauf von Rechtsrock-Musik boomt. Auch in Österreich. Immer öfter weichen deutsche Nazi-Bands für ihre Konzerte nach Österreich aus. Parallel dazu schießen nun auch dort einschlägige Online-Shops wie Pilze aus dem Boden. Die Welser „Initiative gegen Faschismus" will dem nun etwas entgegen setzen. Bei der Welser Staatsanwaltschaft wurde Anzeige gegen den in Oberösterreich angesiedelten Musikversand „Irdenwerk" wegen des Verdachts der Wiederbetätigung nach dem NS-Verbotsgesetz erstattet. Das Programm von „Irdenwerk" liest sich wie ein Who's who rechtsextremer und neonazistischer Musikgruppen, so die Welser Initiative. Nach dem Bekanntwerden der Anzeige gegen den Onlineshop, gerichtliche Vorerhebungen des Landeskriminalamtes sind bereits angelaufen, verhinderten „technische Probleme" den Zugriff auf dessen Angebot.

hma ■

NPD-Funktionär vor Gericht

ITZEHOE. Der Landesvorsitzende der NPD in Mecklenburg-Vorpommern, Stefan Köster, muss sich ab 19. April vor dem Amtsgericht Itzehoe in Schleswig-Holstein wegen gefährlicher Körperverletzung verantworten. Köster, der auf Platz 4 der NPD-Liste zur Landtagswahl am 17. September kandidiert, hatte im Dezember 2004 bei einer Wahlveranstaltung der NPD in Steinburg bei Itzehoe auf eine am Boden liegende Frau eingeschlagen und getreten. *hma* ■

Projekt gegen Rechts vor Aus

ERFURT. Einem der erfolgreichsten Projekte gegen Rechts in Thüringen droht in diesem Jahr das Aus. Die Mobilen Beratungsteams in Thüringen (Mobit) können ihre Arbeit nicht fortsetzen, wenn die Bundesregierung, wie vorgesehen, die Mittel dafür kürzt. „Das wäre das praktische Ende", so der Vorsitzende des Trägervereins, Wolfgang M. Nossen, zur Thüringer Landeszeitung.

Der Vorsitzende der Jüdischen Landesgemeinde ist entsetzt über die jetzt bekannt gewordenen Pläne der Bundesregierung. Denn die will zwar die Fördersumme konstant halten, die Förderinhalte aber um den Bereich Linksextremismus und Islamismus erweitern. Nossen verweist darauf, dass wegen der seit Jahren vergeblich angemahnten Landesförderung Mobit bereits seine Arbeit hatte einschränken müssen. Derzeit gibt es nur noch ein Büro in Gotha.

Die Mobit-Teams waren ins Leben gerufen worden, um direkt vor Ort mobile Beratung gegen Rechts anbieten zu können und auch gezielt Opferhilfe leisten zu können. Quelle: TLZ. 27.2.06 ■

NPD mietet Kirchheimer Gaststätte an

KIRCHHEIM. Die rechtsextreme NPD versucht offenbar erneut, eine Immobilie in der Pfalz zu erwerben. Dabei handelt es sich um eine überwiegend leer stehende Gaststätte in Kirchheim bei Grünstadt, die sie bis Mitte April gemietet hat mit der Option, sie später für 900.000 Euro kaufen zu können.

Entsprechende Informationen lieferte Innenminister Karl Peter Bruch in der Sitzung des Landtags auf Anfrage der Grünen. Demnach läuft der Pachtvertrag mit dem NPD-Landesverband seit Januar 2006 und sieht im Wesentlichen die Nutzung der Gaststätte für Veranstaltungen wie Vorträge, Konzerte und Buchpräsentationen vor. Nach Kenntnis Bruchs war die Gaststätte bereits fünfmal Tagungsort für Veranstaltungen zur Landtagswahl am 26. März. Ob die NPD finanziell in der Lage sein wird, das Gebäude tatsächlich zu kaufen, könne derzeit nicht abschließend beurteilt werden.

NPD-Landesvorsitzender Peter Marx bestätigte gegenüber „Rheinpfalz" ein „grundsätzliches Interesse" an dem alten Mühlenanwesen; geplant sei ein „Jugendzentrum für die Vorderpfalz". Nach der Landtagswahl würde diese Idee weiter konkretisiert.

Das Grünstadter Projekt wäre der seit dem Jahr 2000 sechste Versuch der rechtsextremen Partei, in der Pfalz sesshaft zu werden. Bisherige Unternehmungen scheiterten in vier von fünf Fällen daran, dass kommunale Kreditinstitute beziehungsweise Kommune und Landkreis die Immobilie zuvor kauften, um den Einzug der Rechtsextremen zu verhindern. So geschehen im Fall des Landgasthofs Lochmühle im Donnersbergkreis, bei zwei Objekten im Kreis Kusel und einem Gebäude im südwestpfälzischen Dahn.

Quelle: Rheinpfalz 17.2.2006
VVN-BdA Kaiserslautern ■

Kontakt mit Antifa Saar verfassungswidrig?

SAARBRÜCKEN. Die CDU-Landesregierung des Saarlandes nervt immer wieder Vereine und Initiativen, die sich mit der Antifa Saar/Projekt AK einlassen. Jüngstes Beispiel ist die Ausladung des VVN-BdA. Zuerst wurde die „Vereinigung der

Verfolgten des Naziregimes“ (VVN) in den saarländischen Landtag eingeladen, um ihre Expertenmeinung zum Schutz der Gedenkstätte Ehemaliges Gestapo-Lager Neue Bremm zu hören, dann aber von CDU-Mann Günter Becker kurzerhand wieder ausgeladen. Die fadenscheinige Begründung: die VVN werde womöglich vom saarländischen Verfassungsschutz beobachtet.

Nachdem unter anderem der Landesjugendring, der DGB und die französische F.N.D.I.R.P. (Fédération Nationale des Désportés et Internés, Résistants et Patriotes) gegen die Ausladung der VVN/BdA protestierten, hat der Vorgang nun das erweiterte Landtagspräsidium beschäftigt. SPD-Fraktionsgeschäftsführer Stefan Pauluhn kritisierte nach einem Gespräch mit Vertretern der VVN-BdA das Vorgehen des Innenausschuss-Vorsitzenden Günter Becker. Thema der Anhörung am 3. November 2005 war das Gesetz zum Schutz der Gedenkstätte „Ehemaliges Gestapo-Lager Neue Bremm“, das rassistische und antisemitische Versammlungen in der Nähe des Lagers unterbinden soll. Die Wiederherstellung der Gedenkstätte ist maßgeblich auf das Engagement der VVN zurückzuführen, ihr Vorsitzender Horst Bernard hat mehrere Bücher zum Thema verfasst. Umso mehr erstaunt die Brüskierung des Historikers durch den Vorsitzenden des Innenausschusses, Günter Becker, der Bernard eine Woche nach der erfolgten Einladung schriftlich mitteilte, diese sei gegenstandslos. Zur Begründung heißt es: „Da Ihre Organisation jedoch unter Beobachtung des Verfassungsschutzes steht, halten wir es mit dem Selbstverständnis eines Landtagsausschusses, der Teil der verfassungsmäßigen Ordnung ist, für unvereinbar, diese Einladung aufrecht zu erhalten.“

Die SPD-Fraktion kritisiert nun, die Ausladung sei ohne einen Beschluss des Ausschusses eigenmächtig durch den Vorsitzenden Günter Becker (CDU) erfolgt. Die Fraktionen seien über den Vorgang lediglich in Kenntnis gesetzt worden. Becker erklärte daraufhin der Saarbrücker Zeitung, von einer Sondersitzung habe er abgesehen, da die Position der CDU-Mehrheit klar gewesen sei. Bei der Sitzung des Landtagspräsidiums konnte offenbar keine Einigung in der Sache erzielt werden: Während Pauluhn sich in seiner Auffassung bestätigt sah, Becker hätte einen erneuten Beschluss des Ausschusses abwarten müssen, betonte Landtagspräsident Ley, das Präsidium habe keinen Verstoß gegen die Geschäftsordnung festgestellt.

Andere öffentliche Einrichtungen, die „Teil der verfassungsmäßigen Ordnung“ sind, hat die Beobachtung durch den VS übrigens nicht von einer Kooperation mit der VVN/BdA abgehalten. So arbeitet die Landeszentrale für politische Bildung seit Jahren mit den Antifaschisten zusammen. Bemerkenswert ist auch, dass die VVN/BdA im „Kurzüberblick“ des Landesamtes für Verfassungsschutz 2004 mit keiner Silbe erwähnt wird. Einen Verfassungsschutzbericht gibt der saarländische Dienst als einziges der 16 Landesämter für Verfassungsschutz ohnehin nicht heraus.

So beruft sich Becker hauptsächlich auf Kontakte der VVN/BdA zum „gewaltbereiten autonomen Spektrum“ – gemeint sein dürfte damit vor allem die Antifa Saar/Projekt AK. Derartige Kontakte unterhalten allerdings auch andere saarländische Organisationen, die nicht vom Verfassungsschutz beobachtet werden. Selbst Vertreter von SPD, Bündnisgrünen oder Synagogengemeinde haben schon gemeinsam mit den Antifas zu Demonstrationen aufgerufen oder Aufrufe unterzeichnet. DGB-Landeschef Eugen Roth, der auch SPD-Vize und MdL im Saarland ist, stellt denn auch die Beobachtung der VVN/BdA generell in Frage. Er bezweifle, „ob es tatsächlich – aktuell und im Saarland – harte Fakten gibt, die eine Beobachtung der Organisation VVN rechtfertigen“, so Roth in einem Brief an Becker. Solch kritische Töne gegenüber dem Verfassungsschutz waren von SPD-Politikern bisher selten zu hören – Helmut Albert, der Direktor des Landesamtes, ist SPD-Parteimitglied.

Neben der VVN/BdA Saar bekam auch der Landesjugendring den „Allmachtsanspruch“ der CDU (so ein Kommentar des Online-Magazins Saar-Echo) zu spüren: Der Landesjugendring, der durch ehrenamtlichen Arbeitseinsatz an der Umgestaltung der Neuen Bremm mitgewirkt hatte, wurde ermahnt, sich politischer Kommentare künftig zu enthalten, schließlich stünde er als Zuschussempfänger des Landes in einem Abhängigkeitsverhältnis. Keine leeren Worte: Bei den Haushaltsberatungen 2006 wurde der Zuschuss für den Landesjugendring um 7.600 Euro gekürzt, auf Antrag der CDU-Mehrheitsfraktion.

Ein Zusammenhang zwischen den Kürzungen und der Stellungnahme des Landesjugendrings zum „Neue-Bremm-Gesetz“, in dem die Behandlung der VVN/BdA scharf kritisiert worden war, darf vermutet werden. Kein Wunder, dass die Maßregelung von VVN und Landesjugendring für die Rechten im Saarland ein innerer Vorbeimarsch ist. So kommentiert die NPD Saar in einer Presseerklärung hämisch: „Landesjugendring lernt unsere Demokratie kennen“. Die Bloßstellung von Rechtsextremismus-Gegnern wird ihnen das Demoverbot an der Neuen Bremm, mittlerweile einstimmig vom Landtag beschlossen, gewiss erträglicher machen. *Antifa Saar* ■

http://www.antifasaar.de.vu, Landtagsdebatte zum Thema: http://www.landtag-saar.de/aboservice/getpdf.php?id=1237

Zahlen, Fakten zu Rechtsrock in Deutschland

Berlin. In Deutschland hat im letzten Jahr die Zahl neonazistischer Konzerte stark zugenommen. Mindestens 255 derartige Konzerte wurden durchgeführt, was eine Steigerung von 65% im Vergleich zum Vorjahr (155 Konzerte) bedeutet. Schwerpunkte der Konzertaktivitäten lagen in Sachsen (78 Konzerte), wo sich die Zahl im Vergleich zum Jahr 2004 verdreifacht hat, Thüringen (31), Bayern (31) und Baden-Württemberg (26). Der unmittelbare Zusammenhang zwischen der Schaffung von Freiräumen, der Durchführung von Konzerten und der Etablierung neonazistischer Bands und Kameradschaften kann durch aktuelle Beobachtungen in diesen Bundesländern nachdrücklich bestätigt werden.


beschlagnahmtes Material bei Rechtsrock-Konzert in Karlsruhe

Die gestiegene Anzahl neonazistischer Konzerte ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass die Koppelung von „politischen“ und „kulturellen“ Aktivitäten für neonazistische Gruppen zum Standard geworden ist. Gleichzeitig findet eine Entkoppelung neonazistischer Cliquen und Freundeskreise von Führungssystemen der Szene statt. Diese organisieren „ihre“ Konzerte zunehmend selbst, stets im privat deklarierten Rahmen und bisweilen nur durch Mund-zu-Mund-Propaganda beworben. In einer wachsenden Anzahl von Orten konnten Neonazis neue Freiräume erschließen, die als „Clubhäuser“ oder Kameradschaftstreffpunkte dienen und u. a. zur Durchführung von Konzerten genutzt werden.

Deutsche Neonazibands veröffentlichten letztes Jahr 124 CDs, die Zahl der in Deutschland herausgegebenen CDs ausländischer Neonazibands ist mit 38 deutlich höher als 2004 (20). Erkenntnisse über Produktionszahlen lassen die bisher angenommene durchschnittliche Auflagenhöhe von 3.000 pro CD zu niedrig erscheinen. Die Marktführer im Geschäft mit neonazistischer Musik, Bekleidung und Accessoires erzielten 2005 Jahresumsätze von jeweils mehr als 500.000 Euro.

Signifikant ist der Zusammenhang zwischen neonazistischem Strukturaufbau und den Handlungsdefiziten politi- →

scher Entscheidungsträger. Dort, wo das Problem nicht erkannt oder verschwiegen wird, wo kein zivilgesellschaftlicher Widerstand und keine Gegenkultur unterstützt wird, können die Neonazis fast ungehindert Freiräume schaffen.

Die Zahlen des Jahres 2005 zeigen deutlich: Die Neonazis haben sich in Parallelwelten eingerichtet, in denen es ihnen möglich ist, eine kontinuierliche Erlebniswelt anzubieten und den steten Nachschub an musikalischer Propaganda zu organisieren. Die Integration und Versorgung des Umfelds ist darüber flächendeckend gewährleistet.

Eine ausführlichere Fassung des Jahresrückblicks als pdf-Dokument (156 KB), erstellt vom apabiz, der Zeitung Der Rechte Rand und von Argumente und Kultur gegen Rechts e.V., findet sich unter http://www.apabiz.de/publikation/pressemitteilungen/Etablierte_Parallelwelten.pdf (154 kB)

antifaschistisches presse-archiv und bildungszentrum berlin e.v. (apabiz)
http://www.apabiz.de/ ■

Infotische der antifaschistischen Kehrwochen diesmal ohne Störung

STUTTGART. Die Stuttgarter Staatsanwaltschaft hat es vorerst aufgegeben, die Polizei loszuschicken, wenn Antifaschisten durchgestrichene oder sonst wie verfremdete Hakenkreuze verwenden, um ihre Ablehnung nationalsozialistischer Symbolik zum Ausdruck zu bringen. Durch die Verfolgung wurde ein Punk-Versand beinahe in den wirtschaftlichen Ruin getrieben, Anstecker bei zahlreichen Personen beschlagnahmt und das Verteilen von Infomaterial von Antifaschisten massiv behindert. Die Staatsanwaltschaft wurde dafür auch in den großen Medien der Region kritisiert. Die Antifa-Kehrwochen konnten nach dem Zurückrudern erstmals wieder ohne polizeiliche Störung stattfinden, wie der folgende Bericht zeigt:

Am Samstag, den 18. Februar, organisierte das Antifaschistische Aktionsbündnis Stuttgart und Region im Rahmen der Antifaschistischen Kehrwochen zwei Informationsstände. Nach Welzheim, Alfdorf, Schorndorf und Backnang waren diesmal Leonberg und Ditzingen an der Reihe. Nachdem die vorangegangenen Infotische massiver staatlicher Repression ausgesetzt waren (Verbote, Festnahmen, Beschlagnahmungen, Strafanzeigen etc.) schien zunächst einiges darauf hinzudeuten, dass dieses staatliche Vorgehen gegen aktive AntifaschistInnen auch an diesem Tag fortgesetzt werden sollte. So wurde erst wenige Tage vor dem 18.2. von der Stadt Ditzingen die Durchführung des dortigen Infotisches verboten, am Tag selbst beschlagnahmte die Polizei am frühen Morgen, vor Beginn der Infotische in Leonberg noch antifaschistische Anstecker.

Ab Beginn des Infotisches in Leonberg, der diesmal nicht nur von etwa 40 AntifaschistInnen, sondern auch von mehreren Pressevertretern besucht wurde, änderte sich die Strategie der Polizei jedoch. Die anwesenden Beamten schritten weder gegen das Verteilen der Broschüren ein, die bei den vorangegangenen Infotischen noch zu hunderten beschlagnahmt wurden, trat nicht provokativ auf und gab selbst die beschlagnahmten antifaschistischen Anstecker wieder zurück. Der Infotisch in Leonberg konnte so ohne Probleme durchgeführt und zahlreiche Broschüren und Flugblätter verteilt werden. Im Anschluss daran wurde auch in Ditzingen, trotz Verbot, an der geplanten Stelle in der Innenstadt ebenfalls ein Informationsstand aufgebaut. Auch hier schritt die Polizei nicht ein.

Zum Verlauf des Tages kann sicher ein positives Fazit gezogen werden: Die staatliche Repression wurde nicht fortgeführt. Die Tatsache dass das Antifaschistische Aktionsbündnis sich nicht einschüchtern hat lassen, hat sich als richtig erwiesen. Zahlreiche kritische Presseartikel waren die Folge.

Dennoch darf nicht vergessen werden, dass immer noch Dutzende Verfahren gegen Menschen laufen, die die Broschüren und Flugblätter verteilt haben sollen.

Zum bisherigen Verlauf der gesamten Antifaschistischen Kehrwochen kann ebenfalls ein positives Fazit gezogen werden. Tausende Broschüren und Flugblätter wurden verteilt, in mehreren Orten die bisher von den Aktivitäten der Nazis geprägt waren, wurde antifaschistische Präsenz gezeigt und viele Menschen über die Aktivitäten der Nazis und die Notwendigkeit dagegen aktiv zu werden informiert. Bei keiner der antifaschistischen Aktivitäten kam es, trotz großmäuligen vorherigen Drohungen, zu ernsthaften Gegenaktionen der Nazis.

Siehe auch:
www.antifa-kehrwochen.de.am ■

Erste Reaktionen auf Irving-Prozess

WIEN. Nach der (nicht rechtskräftigen) Verurteilung des britischen „Revisionisten" David Irving zu einer dreijährigen unbedingten Haftstrafe sprechen die rechtsextremen Wiener Nachrichten Online (WNO) von einem „Skandalurteil". Dass bei der WNO-Meldung von letzter Woche, wonach der prominente Nazi-Anwalt Herbert Schaller die Verteidigung übernommen habe („Neuer Irving-Verteidiger?"), der Wunsch Vater des Gedanken war, muss man kleinlaut eingestehen: „In der Nationalzeitung wurde Dr. Schaller als Verteidiger Irvings genannt, dieser ist aber nicht in Erscheinung getreten. Zweifellos wäre seine Taktik konsequenter gewesen als die merkwürdigen Selbstbezichtigungen Irvings in der Hauptverhandlung. Möglicherweise hat Irving in Unkenntnis der österreichischen Verhältnisse Dr. Schaller abgelehnt."

Strenger gehen die Neonazis von ‚stoertebeker' mit Irving ins Gericht: Dieser habe sich mit seinem „Verhalten in der Untersuchungshaft und vor Gericht wohl nunmehr zwischen alle Stühle gesetzt [...]. Verachtet von seinen früheren Lesern und Anhängern, brachte ihm sein reumütiges Verhalten auch nicht die geringste Sympathie auf der Gegenseite. Übrig blieb ein Mensch, der ein höchst interessanter Historiker mit mutigen Thesen war, jedoch unfähig sie in der Stunde der Bewährung zu verteidigen, um auf diese Weise eine ähnliche Größe zu zeigen, wie man sie gegenwärtig in Mannheim bei einem Mann wie Ernst Zündel bewundern kann. Muss man seine Bücher nun wegwerfen? Keineswegs. Über die Erbärmlichkeit und Rückgratlosigkeit des Menschen Irving sollte man nicht vergessen, dass eben nicht jeder Mensch fähig ist, im Unglück Größe zu zeigen, und man es nicht von jedem verlangen kann, in brisanten Fällen zum Helden zu werden. Das ändert nichts an der Tatsache, dass Irvings Bekenntnisse vor Gericht nichts weiter als Lippenbekenntnisse sind, die dazu dienten, das Gericht zur Milde zu bewegen."

Neues von ganz rechts - Februar 2006
www.doew.at ■

NPD scheitert in Freiburg an 150 UnterstützerInnen-Unterschriften

FREIBURG. „Auch so mancher, der zuvor erhebliche Vorbehalte gegenüber den „Nazis" hatte, verließ nach einem Gespräch zumindest sichtlich nachdenklich unsere Stände", schreibt der Vorstand der örtlichen NPD. Sehr nachdenklich dürfte derzeit auch Andreas Storr, ehemaliger Berliner NPD-Führer, sein. Zuerst wurde er von den eigenen „Kameraden" am Gundelfinger Marktplatz allein zurückgelassen, als der nationale Infotisch überstürzt abgebrochen werden musste. Dann erwiesen sich die Freiburger Kameraden auch noch als von der Aufgabe überfordert, die für eine Teilnahme an den Landtagswahlen nötigen 150 Unterstützungsunterschriften pro Wahlkreis zu sammeln.

Erfreulich daran ist, dass der NPD damit potentielle Wahlkampfzuschüsse entgehen und dass sie ihre eigene Unfähigkeit bestens dokumentierte. Daran, dass die Nazipartei in allen drei Freiburger Wahlkreisen nicht kandidieren darf, konnten auch alle Alt- und Neonazis, die durch ihre Unterschrift „Deutschland und der nationalen Bewegung einen gro-

ßen Dienst erwiesen“ haben, nichts ändern.

Letztlich bleibt festzuhalten, dass das antifaschistische Engagement zahlreicher Menschen, welche die NPD überall dort, wo sie auf Stimmenfang ging, zum manchmal mehr, manchmal minder geordneten Rückzug überredeten, unmittelbare Wirkung gezeigt hat. Daran gilt es künftig anzuknüpfen. *Antifa Freiburg www.antifa-freiburg.de* ■

Protest gegen Nazi-Aktion

AUGSBURG. Wie bereits in den Jahren zuvor, veranstaltete ein lokales Nazi-Bündnis am 24.2.2005 eine Kundgebung auf dem Willy-Brandt-Platz, um der Opfer der Bombardierung Augsburgs durch alliierte Truppen am 25.2.1945 zu gedenken. Dagegen protestierten 100 AntifaschistInnen.

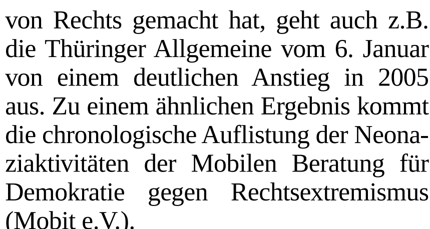
Initiiert wurde die Veranstaltung von dem lokalen Bündnis „Nationale Opposition – Bündnis für Augsburg“. An der Kundgebung der Neonazis nahmen ca. 40 Personen teil. Darunter befanden sich AnhängerInnen der rechtsextremen Parteien NPD und DVU, VertreterInnen der „Kameradschaft Augsburg“, der „Kameradschaft München“, sowie einige Personen der selbsternannten „Autonomen Nationalisten“ aus München. Stattfinden konnte die rechtsextreme Kundgebung vor der City-Galerie nur unter massiver Polizeipräsenz, da ca. 100 AntifaschistInnen lautstark gegen die Veranstaltung protestierten. Die Rede des oberbayerischen NPD-Vorsitzenden Roland Wuttke ging in einem Pfeifkonzert und lauten Zwischenrufen der anwesenden Antifas unter.

Leider wirft schon das nächste rechte Großereignis seine Schatten voraus. Es ist davon auszugehen, dass der zentrale Aufmarsch der NPD am 1. Mai dieses Jahr in Augsburg stattfinden wird. In einem ersten Vorbereitungstreffen haben linke Gruppen aus Augsburg sich schon über gemeinsame Gegenaktivitäten verständigt. Es bleibt zu hoffen, dass sich möglichst viele Gruppen und Einzelpersonen den Protesten anschließen werden. Nur so kann der Nazi-Großaufmarsch am 1. Mai in Augsburg verhindert werden. *AK Antifa der Gruppe Contra Real* ■

Demonstration gegen NPD-Landeszentrale in Pirmasens
Samstag, 18.3., Hauptbahnhof 13.30 Uhr
Sascha Wagner, Wahlkampfleiter der NPD-Rheinland-Pfalz hat in Pirmasens ein Hausbezogen, das als Wahlkampfzentrale fungiert. Die Region ist zum Knotenpunkt neonazistischer Aktivitäten geworden, der landesweit Bedeutung hat.Infobroschüre und Details zur Demo unter www.seek-and-delete.tk

Mehr rechtsextreme Gewalttaten – nur nicht in Thüringen?

Der Berliner Tagesspiegel berichtete am 13. Februar über einen weiteren Anstieg der rechtsextremen Gewalttaten in Ostdeutschland (siehe auch AN 4-06). So sei die Zahl der entsprechenden Taten nach Auskunft der fünf Opferberatungsstellen in den neuen Ländern in 2005 auf insgesamt 614 angestiegen. Thüringen vermeldete allerdings mit 38 Fällen die mit großem Abstand geringste Zahl von rechtsextremen Gewalttaten für das letzte Jahr. Diese Ausnahmestellung von Thüringen ist verwunderlich. Ein Blick auf die Entwicklung der gesamten rechtsextremen Straftaten zeigt, dass sich der bundesweite Anstieg auch in den Landeszahlen wieder findet. Obwohl das Innenministerium bisher keine Angaben zu den Fallzahlen der politisch motivierten Kriminalität von Rechts gemacht hat, geht auch z.B. die Thüringer Allgemeine vom 6. Januar von einem deutlichen Anstieg in 2005 aus. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt die chronologische Auflistung der Neonaziaktivitäten der Mobilen Beratung für Demokratie gegen Rechtsextremismus (Mobit e.V.).



Allein in den letzten Wochen ereignete sich eine ganze Reihe von rechtsextremen Gewalttaten in Thüringen. Dabei zeigt sich hier eine Entwicklung, die auch in anderen östlichen Bundesländern beobachtet wird. Immer mehr geraten junge Menschen, die tatsächlich oder vermeintlich Neofaschismus ablehnen, in den Fokus der rechten Schläger. Diese Angriffe finden überwiegend im ländlichen oder kleinstädtischen Raum statt. Schwerpunkte der Neonaziaktivitäten lagen dabei im Ilmkreis und im Saale-Orla-Kreis. Nichtrechte Jugendliche und antifaschistisch engagierte junge Menschen wurden gezielt überfallen, verprügelt und teilweise erheblich verletzt. Andere bekamen Drohanrufe und -SMS, auch wurden die Eltern der Betroffenen von Rechten belästigt.

In den Städten liegt der Schwerpunkt der rechtsextremen Kriminalität im Bereich rassistischer Übergriffe. In Erfurt wurde im November ein 50-jähriger Mann aus Togo von Neonazis angegriffen, im Dezember wurde ein kurdischer Gewerbetreibender überfallen, in Gotha wurde am 23. Dezember ein Mann aus Kamerun Opfer eines rassistischen Angriffs. In Gera traktieren Neonazis seit längerem eine farbige Bürgerin, die ein Stehcafé führt, so z.B. in der Silvesternacht. Anfang Januar wurde ein farbiger Jugendlicher in der Goldberghalle in Ohrdruf von Neonazis attackiert und am 11. Januar schlugen Rechtsextreme auf einen 31-jährigen irakischen Flüchtling in Erfurt ein.

Zu mehr als zehn derartigen rechtsextremen oder rassistischen Angriffen aus den letzten Wochen fragt die Linkspartei.PDS-Fraktion derzeit mit einer Kleinen Anfrage bei der Landesregierung nach. Wie auch andere im Bereich der Migrationspolitik oder des Antifaschismus Engagierte geht sie davon aus, dass die Anzahl und Intensität der rechtsextremen Gewalttaten seit einigen Monaten erheblich zugenommen hat. Ein Indiz für die gestiegene Bereitschaft in der rechtsextremen Szene, mit Gewalt ihre ideologischen und kulturellen Vorstellungen durchzusetzen, ist das an mehreren Orten zu beobachtende gezielte und organisierte Vorgehen. Neonazis stellen eigene Patrouillen auf und greifen meist nachts ihre Opfer an.

Der Thüringer Hilfsdienst für Opfer rechtsextremer Gewalt (THO) ist verantwortlich für die im Vergleich mit den östlichen Nachbarländern sehr niedrige Zahl registrierter rechtsextremer Gewalttaten. Er macht seine schlechte Personalsituation für das unzureichende Rechercheergebnis verantwortlich. Der Landesregierung werden die Zahlen gefallen. Sie hatte die Vorgängerinstitution der THO, dem in Gera und Erfurt ansässigen Team der Anlauf- und Beratungsstelle für Betroffene rechtsextremer und rassistischer Gewalt, so lange einem politischen wie finanziellen Druck ausgesetzt, bis diese keine Förderung durch das CIVITAS-Programm mehr erhielt.

Dem Träger der THO, dem erlebnispädagogisch orientierten Verein Drudel 11. e.V, der auch Bildungs- und Trainingsmaßnahmen mit rechtsextremen Tätern durchführt, wurde da mehr Vertrauen entgegengebracht. Hier wurden sogar Landesmittel zur Verfügung gestellt. Ein Novum in Thüringen, bisher erhalten die landesweiten CIVITAS-Projekte, so auch das Mobile Beratungsteam in Gotha, keinen Cent.

Die von der THO nun für 2005 veröffentlichte Zahl von 38 rechtsextremen Gewalttaten in Thüringen (im Vergleich: in Sachsen wurden 154, in Sachsen-Anhalt 129 gezählt), muss daher mit einiger Skepsis betrachtet werden.

Für Thüringen kann entgegen dem oberflächlichen Eindruck, der durch diese Zahl erweckt wird, eben keine Entwarnung gegeben werden.

Martina Renner
antira-kalender@verdi-web.de ■

„Das ist das, was uns gerettet hat. Dass wir nicht alleine waren."

Zwei Schwestern in den Neuengammer Außenlagern Dessauer Ufer, Wedel und Eidelstedt

Hédi Szmuk wurde im Juni 1924, ihre Schwester Livia im Dezember 1928 geboren. Gemeinsam mit ihren jüdischen Eltern Frieda und Ignatz, die eine Fabrik für Verpackungsmaterial besaßen, lebten die Mädchen im transsylvanischen Sighet, das zu Rumänien gehörte. Sie wuchsen behütet auf, die Eltern hatten viele Geschwister, und man traf sich häufig in der Großfamilie.

Nach der Besetzung Transsylvaniens durch Ungarn im September 1940 wurden dort nach und nach antijüdische Gesetze eingeführt: Vermögen wurde konfisziert, Juden durften kein Radio mehr hören, kein Auto oder Fahrrad besitzen. Nichtjuden durften nicht mehr bei ihnen kaufen. Die finanzielle Situation der Familie Szmuk verschlechterte sich. Am 19. März 1944 besetzte dann die Deutsche Wehrmacht das Land, und bereits einen Monat später musste die vierköpfige Familie Szmuk ins Ghetto von Sighet im ehemaligen Armenviertel der Stadt in ein einziges Zimmer umsiedeln. Am 15. Mai 1944 wurden alle vier nach Auschwitz-Birkenau deportiert. Frieda und Ignatz wurden an der Rampe von ihren Töchtern getrennt und – wie diese erst nach dem Krieg erfuhren – noch am selben Tag ermordet. Hédi war 20 Jahre alt, Livia erst 15. Sie erinnert sich bis heute an die Trennung von ihrer Mutter: „Sie hat uns losgelassen und ihre letzten Worte an uns waren: ‚Ihr sollt aufeinander aufpassen'."

Die Schwestern hatten Glück und konnten zusammen bleiben. Noch heute ist sich Livia Fränkel, geb. Szmuk, ganz sicher: „Die alleine waren, die haben es nicht geschafft. Und Hédi und ich, wir waren so eng und wir sind auch heute noch in enger Verbindung miteinander. Das ist das, was uns gerettet hat. Dass wir nicht alleine waren."

Im Sommer 1944 wurden beide Schwestern von Auschwitz-Birkenau zur Arbeit in das Neuengammer Außenlager Dessauer Ufer im Hamburger Freihafen überstellt. Auch hier mussten sie schwerste Arbeit leisten, wurden schikaniert und geschlagen. Über die Außenlager Wedel und Eidelstedt wurden sie dann Anfang April 1945 ins KZ Bergen-Belsen deportiert und hier - krank und völlig entkräftet - am 15. April von britischen Truppen befreit. „Ich kann nicht sagen, ob ich überhaupt damals was gefühlt habe", sagt Livia Fränkel heute über diesen Moment.



Frieda Szmuk mit ihren Töchtern Hédi (hinten) und Livia, Mitte der 1930er Jahre



Livia (links) und Hédi Szmuk in Stockhom, 1946

Zur Rekonvaleszenz nach Schweden gebracht und dort gesund gepflegt, entschieden sich Hédi und Livia Szmuk, nicht wieder in ihre Heimat zurückzukehren und sich ein neues Leben in Stockholm aufzubauen. Beide heirateten sehr bald – wie viele KZ-Überlebende. Livia Fränkel: „Die Familie hatte man verloren und da wollte man eine neue Familie schaffen, so schnell wie möglich." Und Hédi Fried, geb. Szmuk, erzählt: „Mein Mann hat auch denselben Background wie ich. Er kommt aus Sighet, aus derselben Stadt wie ich. Er war viel älter und eigentlich traf ich ihn, weil ich meinen Vater gesucht habe. Er hat mir erzählt, dass mein Vater nicht lebt, und dann hab ich ihn wieder in Stockholm getroffen und so langsam haben wir uns entschlossen zu heiraten. Da sagte ich ihm: Ich habe meinen Vater gesucht und ich habe meinen Mann gefunden."

Hédi Fried und Livia Fränkel leben beide heute noch in Stockholm. Sie haben je drei erwachsene Kinder und sind mittlerweile verwitwet. Und beide kämpfen gegen das Vergessen. Hédi Fried ist Psychologin und leitet bis heute das „Café 84", einen Ort in Stockholm, an dem Shoah-Überlebende zusammen kommen können. Ihre Memoiren erschienen 1992. Livia Fränkel gehört dem Vorstand der „Holocaust Association" an und engagiert sich als Zeitzeugin der Konzentrationslager, vor allem in Schulen.

Das Schicksal von Hédi Fried, Livia Fränkel und anderen weiblichen KZ-Überlebenden ist das Thema einer offenen Rundfahrt, die der Landesjugendring Hamburg am Sonntag, dem 12. März 2006, veranstaltet. Die Alternative Stadtrundfahrt mit dem Titel „Die besondere Situation von Frauen im Konzentrationslager" beginnt um 14 Uhr und startet am ZOB. Anmeldungen bitte an den Landesjugendring Hamburg, Tel. 317 96 114 oder per e-Mail an info@ljr-hh.de



Hédi Fried und Livia Fränkel beim Besuch des ehemaligen Außenlagers Wedel, 2002

Ulrike Jensen ■

BVG entscheidet: Geschädigte des SS-Massakers in Distomo gehen leer aus

Lapidar heißt es in der Pressemitteilung des BVG von vergangener Woche: „Die Verfassungsbeschwerde der vier Beschwerdeführer betrifft die Frage der Schadensersatz- und Entschädigungspflicht der Bundesrepublik Deutschland für während der Besetzung Griechenlands im Zweiten Weltkrieg von Angehörigen der deutschen Streitkräfte verübte „Vergeltungsmaßnahmen“. Die 1. Kammer des Zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichts nahm die Verfassungsbeschwerde nicht zur Entscheidung an.“

Die sog. „Beschwerdeführer“ sind griechische Staatsangehörige. Ihre Eltern wurden am 10. Juni 1944 im Zuge einer an den Einwohnern der griechischen Ortschaft Distomo verübten „Vergeltungsaktion“ von Angehörigen einer SS-Einheit erschossen, nachdem es zuvor zu einer bewaffneten Auseinandersetzung mit Partisanen gekommen war. Insgesamt töteten die Soldaten zwischen 200 und 300 der – an den Partisanenkämpfen unbeteiligten – Dorfbewohner, darunter vor allem alte Menschen, Frauen und Kinder. Das Dorf wurde niedergebrannt. Die damals minderjährigen vier Geschwister erlitten in Folge des Verlustes ihrer Eltern – von materiellen Schäden abgesehen – psychische Schäden sowie Nachteile in ihrer beruflichen Ausbildung und ihrem Fortkommen. Trotzdem blieb eine gegen die Bundesrepublik Deutschland im September 1995 eingereichte Klage auf Schadensersatz vor dem Landgericht, dem Oberlandesgericht und dem Bundesgerichtshof erfolglos, obwohl das Landgericht Livadeia (Griechenland) im Oktober 1997 entschied, dass die wegen desselben Sachverhalts geltend gemachten Schadensersatzansprüche begründet seien.

Das BVG begründet die Nichtannahme damit, dass die Forderungen nach dem 1944 geltenden Völkerrecht verworfen werden müssten. Danach gebe es bei Kriegsverbrechen nur einen Anspruch zwischen beteiligten Staaten. Das gelte auch im Zusammenhang mit der Verletzung von Menschenrechten. Deutschland habe Reparationsleistungen von knapp 60 Millionen Euro an die griechische Regierung überwiesen. Zynisch wird es bei der Formulierung, das Massaker der SS lasse sich als „Sachverhalt des Kriegsvölkerrechts“ verstehen, dem „kein spezifisch nationalsozialistisches Unrecht eigen“ sei. Spezifisch dafür seien vielmehr rassenideologische Motive. Mit diesen Antriebskräften würden Gewaltaktionen – historisch gesehen – erst zu NS-Unrecht.

Mit den gleichen Argumenten haben die Gerichte bisher auch die Ansprüche italienischer Militärinternierter abgeschmettert, obwohl sie nachweislich Zwangsarbeit leisten mussten.

„Die im Rahmen des Vernichtungskrieges der deutschen Wehrmacht und der SS begangenen Kriegsverbrechen werden mit dem Spruch des Bundesverfassungsgerichts ihrer Singularität entkleidet. Angesichts der Tatsache, dass auch zahlreiche Massaker im Rahmen des Holocaust nicht als Massentötungen in Vernichtungslagern, sondern als nazistischer Völkermord in Form von Massenerschießungen durch SS, Einsatzgruppen, aber auch Wehrmachtseinheiten wie die Gebirgstruppe erfolgten, stellt der Spruch des BVG ein himmelschreiendes Unrecht und Reinwaschung des NS-Regimes dar.“ sagte der Sprecher der VVN-BdA, Ulrich Sander in einer ersten Stellungnahme.

„Gegen eine diesem Spruch zugrundeliegende Politik und Bundeswehrtradition werden Antifaschistinnen und Antifaschisten am 27. Mai in Mittenwald, anlässlich der Kriegsverbrecherehrung durch Bundeswehr und Gebirgsjäger-Kameradschaft, und bei anderer Gelegenheit protestieren. Daran werden sich auch Opfer aus den Opfergemeinden in Griechenland und aus anderen Ländern beteiligen.“

u.b. (Quellen: PM des BVG, FR 4.3.2006) ■

Nazi-Onlineshop „Aufruhr Versand“ aus Gera gehackt

GERA, 25. FEBRUAR. Mit einem Hackangriff auf den Onlineshop des „Aufruhr Versand“ aus Gera, legten Unbekannte letzten Donnerstag dessen Website lahm und veröffentlichten über 7500 Kundendaten von Nazis. Der Mitteldeutsche Rundfunk (MDR) und die Tageszeitung (taz) berichteten über das Geschehen, der Verfassungsschutz will Daten zur Strafverfolgung nutzen und die Naziszene ist verärgert.

Seit der Nacht zum 23. Februar konnten Besucher des „Aufruhr Versand“ lediglich noch die Botschaft der Hacker vernehmen, die den Onlineshop übernommen hatten. Die veröffentlichten Kundendaten von über 7500 Nazis aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und anderen Ländern, bedeutet einen der größten Recherche-erfolge für die Antifa seit Beginn einer ganzen Reihe von Hacks im Frühjahr letzten Jahres. Mittlerweile haben auch deutsche Repressionsorgane die Möglichkeiten solcher Hacks entdeckt und nutzen die Daten zur Strafverfolgung. Ein Sprecher des Verfassungsschutzes bestätigte gegenüber dem MDR: „man werde mit den Informationen arbeiten“. Der „Aufruhr Versand“ wurde wegen Volksverhetzung und Verbreitung verfassungsfeindlicher Symbole bereits mehrmals durch die Polizei durchsucht.

Nach außen gibt sich die Naziszene weiterhin unberührt und Jörg Krautheim, Betreiber des „Aufruhr Versand“ und langjähriger NPD-Kader aus Gera, stellte den Onlineshop nach einem Tag ohne Kommentar wieder online, ganz so als sei nichts gewesen. Doch hinter den Kulissen steigt die Aufregung.

In Naziforen wird über nun folgende antifaschistische Aktionen spekuliert und sogar dazu aufgerufen nicht mehr bei gehackten, unsicheren Versänden zu kaufen.

„Es müssen nun Aktionen folgen, welche die Nazistrukturen weiter aufdecken und klar stellen, das Nazis sich nirgendwo sicher fühlen können. Das betrifft auch andere Naziversände und -geschäfte, Nazis auf der Straße und um die Ecke“, so die Pressesprecherin der [AAG] abschließend.

Bereits im November 2005 wurde der von Ralf Wohlleben betriebene „Mitteldeutsche Gesprächskreis“, ein Naziforum der NPD Thüringen gehackt, wobei AntifaschistInnen weitere Peinlichkeiten veröffentlichten. Seit Beginn letzten Jahres sind nach Informationen der taz nun über 50 einschlägige Naziwebsites, von den Datenantifa angegriffen worden.

Antifaschistische Aktion Gera [AAG]
aag@systemli.org [web]
http://aag.antifa.net ■



Antifaschistische Aktivitäten

HALLE. Auf entschiedenen Widerstand treffen die Pläne der Neonazis (organisiert von Christian Worch), am 11. März in Halbe erneut mit zwei Demonstrationszügen zum Waldfriedhof zu marschieren, wo 23000 Tote des zweiten Weltkrieges begraben liegen – Wehrmachtssoldaten, aber auch Deserteure und Zwangsarbeiter. Während die Neonazis provokativ wieder ein „Heldengedenken" veranstalten wollen („Tag der Ehre), plant das lokale Aktionsbündnis sich dem mit „kreativen und witzigen Ideen" entgegenzustellen Nach den Worten der SPD Landtagsabgeordneten Sylvia Lehmann kommt es nicht in Frage, den Aufmarsch der Neonazis einfach zu ignorieren, wie es der brandenburgische Innenminister Schönbohm vorgeschlagen hatte. Der Protest des Aktionsbündnisses steht unter dem Motto „Widerstand hat viele Gesichter". In einem Aufruf hat der Landesvorstand der Linkspartei.PDS Brandenburg angekündigt, sich den Aktionen des örtlichen Aktionsbündnisses anzuschließen. Die Staatsanwaltschaft Potsdam hat es inzwischen abgelehnt, nach Anzeigen der Neonazis gegen die Gegendemonstranten vom 12. November (unter denen sich zahlreiche prominente Landespolitiker befanden) zu ermitteln. Es gebe keine Anhaltspunkte für eine Straftat. ■

Wahlen

STUTTGART. In Baden-Württemberg kann die NPD nicht flächendeckend antreten. Sie konnte nur für 52 der 70 Wahlkreise Kandidaten und Unterstützerunterschriften vorlegen. Da sie ohnehin nicht an einen Einzug in den Landtag denken kann, hofft sie durch einen offensiven Wahlkampf wenigstens die Republikaner überflügeln und in den Genuss der Wahlkampfkostenerstattung kommen zu können. Hauptschwäche und Fiasko bei der Vorbereitung der NPD ist die weiter andauernde Schlammschlacht zwischen den beiden Flügeln um den ehemaligen NPD-Vorsitzenden Deckert und den neuen Landeschef Schützinger. Unter dessen Vorsitz beschloss der Landesvorstand eine enorme Steigerung der Wahlkampfmittel. So sollen landesweit zusätzlich 500000 themenbezogene Wahlzeitungen verteilt und 200000 gegen die „Islamisierungsgefahr" gerichtete thematische Flugblätter verteilt werden, darüber hinaus 20 000 DIN Al Vierfarbplakate und 60 000 Aufkleber eingesetzt werden. In die Gesamtmehrkosten von 150.000 Euro sind auch eine zusätzliche Rundfunk- und Fernsehwerbung und eine themenbezogene Musik- und Text- Schulhof-CD (Startauflage 10000) einbezogen. Start der Sonderaktion („Jetzt hilft nur noch NPD !") soll in

weiter Seite 10

Entsetzen über antisemitischen Mord in Frankreich

„Ach, wenn ich doch reich wäre!" steht auf dem linken Schild, auf dem rechten wird ergänzt: „Jude, aber – Sozialhilfeempfänger!" Mit seinen beiden Pappschildern ging Philippe am Sonntag (26. Februar) auf die Pariser Demo für das Andenken an Ilan Halimi, zu der rund 50.000 Menschen kamen, und wurde dabei dutzendfach fotographiert und aufgenommen. Einem ideologischen Stereotyp, das sich offenbar in Teilen der Gesellschaft tief eingefressen hat, versucht der 42-Jährige so mit Ironie beizukommen. „Getötet 2006 in Frankreich, weil er Jude war", verkündet die Union der jüdischen Studenten in Frankreich (UEJF) – neben SOS Racisme und dem jüdischen Zentralrat CRIF Hauptveranstalter der Demo – über Ilan Halimi, und auf einem anderen ihrer Schilder ist zu lesen: „Ein Klischee hat getötet". Gemeint ist damit die Vorstellung, dass Juden Menschen mit viel Geld seien. Eine fixe Idee, die – nach allem, was man bisher darüber wissen kann – beim Tod des 23-jährigen Ilan Halimi eine wichtige Rolle gespielt hat.



Der Sterbende war am 13. Februar in der Nähe eines Vorstadtbahnhofs rund 30 Kilometer südlich von Paris durch Passanten aufgefunden worden. Bis der Krankenwagen ihn in die Notaufnahme bringen konnte, war er bereits tot. Halimi, der bis dahin als Verkäufer in einem Handygeschäft im 11. Pariser Bezirk arbeitete, war am 21. Januar entführt worden: Eine junge Frau hatte ein Date mit ihm vereinbart und ihn so in eine Falle gelockt. Diese knapp 17-Jährige, die im Auftrag einer Bande agierte, wurde am 24.2. im Reihenhaus ihrer Mutter in Aulnay-sous-Bois festgenommen.

24 Tage lang wurde das Opfer zunächst in einer Hochhauswohnung in der südlichen Pariser Vorstadt Bagneux, später dann in einem Heizungskeller im selben Gebäude festgehalten. Im Laufe der Gefangenschaft, bei der Halimi anscheinend kaum ernährt wurde, fügten seine Bewacher ihm zahlreiche Verletzungen zu. Zum Schluss wurden ihm zwei Messerstiche im Halsbereich zugefügt, und sein Körper wurde mit einer brennbaren und ätzenden Flüssigkeit überschüttet – möglicherweise, wie die Presse vermutet, um DNA-Spuren seiner Wächter und Misshandler zu löschen. Dies sollen die Täter aus Filmen „gelernt" haben. 80 Prozent seiner Körperfläche wiesen infolgedessen Brandwunden oder anderen Verletzungen auf. Die Ermittler vermuten, das Zusammenwirken der Verletzungen und des Erschöpfungszustands von Ilan Halimi habe zu seinem Tod geführt.

Einem Bericht des Online-Nachrichtendienstes des französischen Internetproviders Wanadoo vom 25.2. zufolge sollen die Entführer den Entschluss gefasst haben, ihr Opfer zu töten, nachdem dieser seine Wächter durch eine gelockerte Augenbinde erkannt habe. Vieles deutet darauf hin, dass Halimi unmittelbar vor seinem Tod stundenlang durch ein Waldstück marschieren musste, durch das seine Bewacher ihn führten, wohl um ihn zu desorientieren. Möglicherweise hat man das Opfer für tot oder nahezu tot gehalten, als man es liegen ließ.

Die Bande, die ihn festhielt, äußerte zunächst finanzielle Motive, wobei ihre an die Familie erhobenen Lösegeldforderungen im Laufe der Zeit stark variierten, zunächst zwischen 50 000 und 450 000 Euro – später forderte die Gang plötzlich nur noch 5000 Euro, um dann aber wieder auf 450 000 zu erhöhen. Zur konkreten Anberaumung einer Geldübergabe seitens der Bande kam es jedoch nie.

Technisch erwiesen sich die Mitglieder der Bande als kompetent: Die benutzten Handys waren im Ausland – allem Anschein nach in dem westafrikanischen Bürgerkriegsland Côte d'Ivoire, dem Herkunftsland der Eltern von Bandenchef Youssouf Fofana – gekauft worden und ließen sich nicht räumlich orten, da die Telefonate über eine Kette von Anbietern geführt wurden. Ihre Emails sandten die Erpresser von Internetcafés aus, die direkt an einer Metrostation lagen und ein schnelles Entkommen ermöglichten. Gleichzeitig erschien das Vorgehen der Bande an anderen Punkten recht amateurhaft. Nach Angaben der Ermittler machte die Bande immer dann, wenn es darum ging, eine konkrete Geldübergabe vorzuschlagen und sich so „aufzudecken", einen Rückzieher.



Derzeit gehen Polizei und Untersuchungsrichter davon aus, dass die Bande oder einige ihrer Mitglieder bereits bei früheren Serien von Erpressungsversuchen ihre Hände mit im Spiel hatten, so bei einer Serie von Drohungen mit Erpressungshintergrund gegen Notare und andere Honoratioren in mehreren südlich an Paris angrenzenden Vorstädten im Jahr 2004, und gegen Ärzte im März 2005. Damals hatte sich die Gruppe um Youssouf Fofana, wenn sie tatsächlich dahinter stecken sollte, zunächst noch als bewaffnete korsische Separatistengruppe ausgegeben, die Geld für ihren Kampf erpressen wolle. Die eingesetzte Email-Technik und die dafür benutzten Internetcafés weisen, den Ermittlern zufolge, Überschneidungen zu der jüngsten Entführungsserie der Bande um Youssouf Fofana auf, die im Dezember 2005 begann. Vor Ilan Halimi hatte die Gang bereits sechs andere Opfer zu entführen versucht, bis dahin allerdings erfolglos. In vier oder fünf von insgesamt sieben Fällen handelte es sich dabei um Juden. Bei den vorangegangenen Serien von Erpressungsversuchen waren rund ein Viertel der Betroffenen französische Juden oder jüdischer Herkunft, wie *Libération* am 25. Februar feststellte. Es ging der Bande vermutlich nicht primär darum, Juden zu treffen. Wohl aber ging die Assoziierung von „Juden“ mit „Geld“ in das Tatmotiv mit ein.

Der ermittelnde Staatsanwalt Jean-Claude Marin bestritt zunächst eine primär antisemitische Motivation der Tat. Er sieht das Hauptmotiv vor allem in finanzieller Habgier. Während der ersten Vernehmungen sollen die Bandenmitglieder die Überlegung geäußert haben, „die jüdische Community hätte sich ja zusammentun können, um die 450 000 Euro gemeinsam aufzubringen“, so die Sonntagszeitung JDD. Nach bisherigen Darstellungen waren die Gang oder jedenfalls einige ihrer Mitglieder der Auffassung, Juden müssten ja Geld haben und sie würden alle zusammenhalten. Hass auf Juden als leitendes Motiv der Entführung wird durch die Staatsanwaltschaft nicht angenommen, scheint jedoch zumindest eine sekundäre Rolle bei der Auswahl der Opfer, und möglicherweise bei der psychischen Enthemmung gegenüber dem wehrlosen Opfer gespielt haben. Wie *Le Monde* berichtete, sollen bei den Telefonaten von Gangchef Youssouf Fofana mit den Angehörigen des Opfers auch mehrfach antijüdische Beschimpfungen geäußert worden sein, es habe auch geheißen: „Geht in Euren Synagogen betteln“.

In allen Fällen wurden „verführerisch aussehende“ junge Frauen, in einem Fall auch ein „schöner Junge“, als Lockvögel eingesetzt. Sie versprachen ihren Opfern ein Date, an dessen Ort dann jedoch nicht nur die erwartete Schönheit, sondern maskierte Bandenmitglieder warteten. Dieses Szenario scheint dem Film L’Appât (Der Köder) entlehnt zu sein.

Dabei ging die Gang eher unprofessionell vor, denn die Lockvögel scheinen eher außen stehende Personen gewesen zu sein, die nicht oder nur grob in die näheren Ziele der Gangster eingeweiht waren. Wohl deshalb erwiesen sie sich auch als Schwachstelle. Es war die Aussage der jungen Audrey L., die bei früheren Entführungsversuchen als Lockvogel benutzt worden war, die die Ermittler auf die Spur der Bande brachte. Die 24-Jährige hatte ihr Portrait in den Medien wiedererkannt. Am 16. Februar stellte sie sich der Polizei, dem folgte dann die Festnahmen in den darauf folgenden beiden Tagen. Nur der Chef der Gang, Fofana, konnte zunächst flüchten und setzte sich in die Côte d’Ivoire ab. Zwei französische Ermittler reisten ihm am 20. Februar hinterher. Zwei Tage später wurde Fofana durch die ivoirische Kriminalpolizei festgesetzt. Das von Paris beantragte Auslieferungsverfahren läuft derzeit und dürfte zu seiner baldigen Überstellung nach Frankreich führen. Inzwischen sitzen 18 Mitglieder der Bande und Komplizen in Haft; fast alle sind arbeitslos, aus Familien unterschiedlichster Herkunft und zwischen 16 und 32 Jahre alt

In den Pariser und anderen französischen Trabantenstädten, die durch ein hohes Maß an Zusammenballung gesellschaftlicher Probleme, durch soziale Zerrüttung und teilweise Ghettoisierung dort lebender Migrantengruppen geprägt sind, existieren zahlreiche Jugendbanden. Nur die allerwenigsten Jugendbanden legen jedoch ein derartiges Maß an Gewalttätigkeit und hemmungsloser Brutalität an den Tag wie jene um Youssouf Fofana. Dieser hat allem Anschein nach als eine Art charismatische Führungsfigur fungiert und durch besonders hartes, skrupelloses Auftreten zu beeindrucken versucht.

Der Soziologe Marwan Mohammed, der sich auf Jugendgewalt spezialisiert hat, unterscheidet in einem Interview mit *Libération* zwischen unterschiedlichen Gangformen. Zum einen seien da jene jüngerer Jugendlicher, die bis etwa um die Volljährigkeit aktiv sind, und deren Mitglieder dann irgendwann mehrheitlich ins „normale Leben“ finden. Zum anderen gebe es Gangs und Individuen, die dieses „Umschwenken“ nicht schafften. Manche von ihnen rutschten dann in die organisierte Kriminalität ab. Andere, und darum scheint es sich im vorliegenden Fall zu handeln, kombinieren eine amateurhafte Kriminalität mit dem Versuch, ebenso hart wie eine strukturierte Mafiagruppe aufzutreten und sich dadurch „Respekt“ zu verschaffen.

Am 20. Februar entschieden sich die beiden die Ermittlungen leitenden Untersuchungsrichter Corinne Goetzmann und Baudoin Thouvenot, das vermutete antisemitische Hintergrundmotiv in die Begründung für das von ihnen gegen Fofana eingeleitete Strafverfahren aufzunehmen. Dieses Verfahren läuft jetzt unter dem Tatvorwurf „Bildung einer kriminellen Vereinigung, um gemeinschaftlich einen vorsätzlichen Mord aufgrund der tatsächlichen oder vermeintlichen Zugehörigkeit des Opfers zu einer Bevölkerungs- oder Religionsgruppe zu begehen“, so ist der Straftatbestand im französischen Code Pénal formuliert. Das mutmaßliche antisemitische Tatmotiv wirkt juristisch Schuld erschwerend. Gleichzeitig können vor diesem Hintergrund die Befugnisse der ermittelnden Beamten ausgedehnt werden.

Innenminister Nicolas Sarkozy erklärte am 21. Februar vor der französischen Nationalversammlung: „Die Wahrheit lautet, dass diese Gangster zuerst aus kriminellen Motiven, aus Geldgier gehandelt haben. Aber sie waren der Überzeugung, dass, in Anführungszeichen, „Juden Geld haben“, und dass im Falle, dass die Entführten selbst keines hätten, die Familie und die jüdische Gemeinschaft zusammenhalten würden. Das nennt sich Antisemitismus durch Amalgambildung.“

Diesen klaren Worten kann kaum widersprochen werden. Zweifelhafter war hingegen der in Sarkozys Rede am Rande enthaltene Hinweis, bei einem der Tatverdächtigen seien Unterlagen muslimischer Wohlfahrtsorganisationen gefunden worden. Einer der Ermittler erklärte, diese Unterlagen hätten mit den Tätern und dem Verbrechen nichts zu tun, sondern gehörten den Eltern eines der jugendlichen Tatverdächtigen und seien darüber hinaus ziemlich banaler Natur. Eine frühe Aussage Sarkozys, wonach auch „salafistisches“ Material sichergestellt worden sei, wurden durch die Polizei als Falschmeldung dementiert. Dagegen zitiert die israelische Tageszeitung *Haaretz* einen Onkel Ilan Halimis, wonach einer der „Verhandler“ der Gruppe bei einem Telefonat mit Ilans

Fortsetzung von Seite 8

Stuttgart bei einer Großkundgebung am Aschermittwoch sein.

In Sachsen-Anhalt gehen die Expertenmeinungen über die Aussichten der DVU bei der kommenden Landtagswahl weit auseinander. Während mancher Parteienforscher die Chancen eher gering einschätzt und dabei vor allem auf die schwachen kommunalpolitischen Strukturen verweist, betonen andere, dass durch die Hilfe der NPD solche gerade im Süden des Bundeslandes aktiviert werden können. Auch der DVU-Spitzenmann Ingmar Kopp, ein Intellektueller mit einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild, müsse durchaus ernst genommen werden. Die eigentliche Wahlentscheidung werde ohnehin erst kurz vor dem Wahltag getroffen. Aufgefallen ist, dass sich die Rechtsextremen intensiv bemühen, an die Jungwählerverzeichnisse der Städte und Kommunen heranzukommen. In etwa 40 Prozent der Wahlkreise, so verlautete aus Magdeburg, sei dies auch gelungen. Die Grünen in Sachsen-Anhalt haben für den Wahlkampf ein spezielles Plakat ihrer Partei gegen Rechtsextremismus vorgestellt und fordern ein spezielles Landesprogramm gegen den Rechtsextremismus. ■

Prozess

Vor dem Amtsgericht Stendal stand im Januar erstmals ein Hintermann der umstrittenen Schulhof-CD unter Anklage. Der rechtsextreme Musikproduzent Willert soll 50 000 derartige Tonträger bestellt und geliefert haben. Die Anklage lautete aber nur auf „schwere Jugendgefährdung“ und nicht auf „Volksverhetzung“. Da die Texte strittig sind (es gibt viel üblere CD‘s) konnte sich die Anklage gegen die bekannten Anwälte der Naziszene Wolfram Narath (letzter Bundesführer der 1992 verbotenen „Wiking-Jugend“) und Gisa Pahl nicht durchsetzen, der Angeklagte wurde frei gesprochen.

Aus dem Newsletter der AG Rechtsextremmus / Antifaschismus der Linkspartei.PDS
Antifa - aktuell 2/2006 ■

Überregionale Anti-Repressionsdemonstration 18.3.06, Hbf Potsdam 14 Uhr



Eltern auch Koranverse zitiert habe. Inwiefern einige der Täter, die auf jeden Fall sehr unterschiedlicher Abstammung waren, tatsächlich einen konfessionnalisierten ideologischen Background hatten, müssen die weiteren Ermittlungen ergeben.



Die jüdisch-moslemische Freundschaftsgesellschaft

Offizielle französische Stellen sprechen, ebenso wie die Presse, inzwischen deutlich von antisemitischen Beweggründen der Tat. Anfänglich hatten sie sich in dieser Hinsicht zurückhaltend gezeigt. Dies hatte mehrere Gründe: Erstens hatte es in jüngerer Vergangenheit mehrfach „Fehlalarm“ über Taten mit vermeintlichem antisemitischem Hintergrund gegeben. Besonders im Gedächtnis geblieben ist die „Affäre des (Vorortzugs) RER D“ vom Juli 2004, bei der eine junge Frau angab, aus antisemitischen Motiven attackiert und verletzt worden zu sein. Die Betroffene war jedoch eine – nicht jüdische – Mythomanin und hatte nur die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich lenken wollen. Solche Vorfälle tragen dazu bei, dass die Öffentlichkeit beim nächsten oder übernächsten Alarm nur noch müde abwinkt.

Zum Zweiten befürchteten die Behörden, die „interkommunitären“ Spannungen zwischen Bevölkerungsgruppen anzuheizen. Dazu trug die Überlegung bei, es könne möglicherweise zu ungewollten Solidarisierungseffekten kommen, wenn von Anfang an „zu deutlich“ auf den antijüdischen Hintergrund der Tat hingewiesen werde. Das allgemeine Entsetzen über die Brutalität des Verbrechens, das sich seit dem Bekanntwerden der näheren Umstände der Tat ausbreitete, hat diese Befürchtung jedoch gegenstandslos werden lassen. Ferner war die Furcht vor einem Anstieg „ethnisch-religiös“ motivierter Spannungen aber auch mit Ereignissen vom vorletzten Sonntag verbunden: Am Rande eines Schweigemarschs für Ilan Halimi im Pariser Zentrum am 19. Februar hatten sich junge Anhänger einer rechtsextremen jüdischen Bewegung – der Jüdischen Verteidigungsliga LDJ, eines Ablegers der in den USA und Israel verbotenen rassistischen Kach-Bewegung – hervorgetan. Sie hatten die Auslagen „arabischer“ Geschäfte verwüstet und einen schwarzen Passanten durch die Straßen gejagt. Auch am Rande der Pariser Großdemo von 50.000 Menschen wurden die Extremisten der LDJ aktiv, die den offiziellen Slogan „Gerechtigkeit für Ilan“ mit eigenen Sprechchören „Rache für Ilan“ und „Fofana, die Juden kriegen Deinen Kopf“ zu überlagern versuchten. Sie griffen einen Fotografen an und jagten eine kleine Gruppe von Banlieuejugendlichen, die sich in einem Café am Boulevard Voltaire verschanzten, während Polizisten Schlimmeres verhinderten.

In ihren Augen reduziert sich die Mordtat der „Gang der Barbaren“ auf folgende Komponente: „Junge Araber und Schwarze haben einen Juden getötet.“ In Wirklichkeit war die Gang aber „ethnisch gemischt“, die Mitglieder waren unterschiedlicher Hautfarbe und Herkunft – von Franzosen westafrikanischer und maghrebinischer Abstammung bis zu „Weißen“ französisch-christlicher oder portugiesischer Herkunft. Dies ist im übrigen in vielen Vorstadtbanden üblich, die meist keine „ ethnischen“, sondern territorial strukturierte Gruppen sind. Youssouf Fofana, den die Ermittler als Psychopathen und „Perversen“ beschreiben – und der sogar noch die ihn vernehmenden Kriminalpolizisten bedrohte –, dürfte das zentrale „Gehirn“ der Gruppe gewesen sein. In der hierarchisch strukturierten Bande gab es noch weitere Zentralfiguren, darunter einen „Liebling des Chefs“, den Chefinformatiker und einen 17-Jährigen, der sich durch besondere Brutalität – etwa gegenüber der Geisel – ausgezeichnet haben soll.

Die Veranstalter der Großdemonstration achteten darauf, nicht zu Spannungen zwischen „ethnisch“ oder konfessionell definierten Gruppen beizutragen. Das riesige Fronttransparent, das von Menschen aller Herkunft getragen wurde, trug die Aufschrift: „Das Frankreich der Schwarzen, Weißen und Arabischstämmigen gegen Rassismus und gegen Antisemitismus“. Im offiziellen Aufruf beschworen SOS Racisme und die Union der jüdischen Studenten die „republikanische Einheit, die durch die kommunitaristischen Tendenzen bedroht wird“. Von der konservativen Regierungspartei UMP bis zur französischen KP riefen alle großen Parteien zur Teilnahme auf, nachdem die gesamte politische Klasse die Tat verurteilt und auch auf ihren antisemitischen Hintergrund – der als Anschlag auf Grundwerte der universalistischen Republik gewertet wurde – hingewiesen hatte.

Dagegen wurde das Ansinnen zweier rechtsextremer französischer Parteien, FN und MPF, die Demonstration als Tribüne für Hetze gegen Banlieuebewohner oder moslemische Einwanderer zu nutzen, nach einer Polemik über ihre Teilnahme im Vorfeld dann schnell vereitelt. Der ultrarechte Nationalkatholik Philippe de Villiers, Chef des MPF, wurde nach kürzester Zeit aus dem Spitzenblock der Großdemo hinausgeworfen. Über drei Viertel der Demonstranten gehörten zur jüdischen Community. Aber die Präsenz eines Blocks von „Schwarzen gegen den Antisemitismus“ oder der „jüdisch-moslemischen Freundschaftsgesellschaft“ aus einer südlichen Pariser Vorstadt wurden sehr begrüßt.

Bernhard Schmid, Paris ■

Fließende Grenzen

Ausstellung „Neofaschismus" im ver.di-Institut

LAGE-HÖRSTE. Einen Überblick über das gesamte Spektrum der Rechten gibt die Ausstellung „Neofaschismus in Deutschland", die am Montagabend, 20.2. im ver.di-Institut für Bildung Medien und Kunst in Lage-Hörste eröffnet wurde. Die Lippische Zeitung vom 22.2. berichtete darüber ausführlich. Einführende Worte sprach Ulrich Sander, Landesvorsitzender der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA). Wir dokumentieren Auszüge.

„Gegen die Enttabuierung des Rechtsextremismus aus der Mitte der Gesellschaft heraus"

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere Ausstellung zum Neofaschismus gibt ein erschreckendes Bild der Gefahr, mit der wir es zu tun haben, aber auch einen starken Eindruck von den Möglichkeiten, unsere Demokratie zu verteidigen. Sie zeigt fast alle Facetten des Neonazismus. Eine Tafel der Ausstellung ist der Grauzone, dem Scharnier zwischen Mitte und Rechtsaußen gewidmet. Ich möchte über diesen Aspekt unserer Ausstellung etwas mehr sagen als über die anderen, denn wir erleben sehr bedenkliche Entwicklungen auf diesem Gebiet. Denn unser Kamerad Peter Gingold pflegt auf seinen legendären Aussprachen mit Jugendlichen zu sagen: Das schlimmste ist nicht, dass es Nazis gibt, sondern die Verhältnisse sind das schlimmste, die sie möglich machen.

Waren bisher schon häufig rechte Losungen bis in die Mitte vorgedrungen: ich nenne die Gestaltung des Asylrechtes nach den Formulierungsmustern der Reps, die Übernahme der T-Shirt-Losung der Neonazis „Ich bin stolz ein Deutscher zu sein" durch prominente Leitkultur-Politiker, und dann die durchrasste und durchmischte Gesellschaft, die zeitweilig die Wortwahl eines bekannten ehemaligen Kanzlerkandidaten prägte, aber auch die „Enttabuierung des Krieges als Mittel der Politik", der sich die Regierenden auch von Rot-Grün rühmten, so haben wir es heute mit der Enttabuierung des ultrarechten Gedankengutes aus der Mitte heraus zu tun.

Da ist die Forderung nach Beendigung der Geschichtsdiskussion durch Abschaffung der „Auschwitzkeule", die angeblich die freie Diskussion behindere. Und da sind die nie ganz aufgearbeiteten Vorfälle des Rechtsextremismus in der Bundeswehr und die Tatsache dass die Erörterung dieses Problems mit der vorletzten Bundestagswahl plötzlich abbrach. Die Bundeswehr wurde ja für den Krieg gebraucht, da durfte sie nicht länger kritisch betrachtet werden. (...)

Wir sind tief beunruhigt über das die Nazi begünstigende Verhalten von Politikern, von Polizei und Justiz. Sie tun nicht genug gegen die Rechten. Das ist noch vorsichtig ausgedrückt. Oder was soll man dazu sagen, dass all die schlimmen rechten Aussagen, die wir hier auf 28 Tafeln lesen können, vom Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe nur als „missliebige Meinungen" angesehen werden, die zu dulden seien, bei Märschen zum Beispiel.

Über das Bundesverfassungsgericht hatte ich mich als Bundessprecher der VVN-BdA 2002 so geäußert: „Die Ministerpräsidenten der deutschen Bundesländer haben eine gute Gelegenheit, etwas Wirksames gegen den Neonazismus zu unternehmen: Sie können auf der nächsten Bundesratssitzung dagegen stimmen, dass Prof. Hans-Jürgen Papier zum Präsidenten des BVG ernannt wird." Ich schrieb, Papier habe mit seinen einstweiligen Verfügungen zugunsten der Neonazis immer wieder Neonaziaufmärsche ermöglicht. habe zugelassen, dass antinazistische Gerichtsurteile höchster Landesverwaltungsgerichte missachtet werden, die wie das Oberverwaltungsgericht für NRW in einer umfangreichen Rechtssprechung festgestellt hatten, dass sich eine rechtsextremistische Ideologie auch nicht mit Mitteln des Demonstrationsrechts legitimieren lässt. (...) Ich schloss: „Die VVN-BdA hält einen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes für untragbar, der zugunsten der Neonazis, die mit ihrem Terror wie mit ihren Aufmärschen die Menschen im Lande ängstigen, das Grundgesetz beugt." (...) Dies trug der VVN-BdA und mir persönlich einen dicken Eintrag im „Verfassungsschutzbericht 2002" ein. (...)

Ein kleiner Bochumer Amtsrichter, Dr. Ralph Feldmann, Verdi-Mitglied, gab einen mutigen Kommentar zum Verhältnis des BVG zu den Rechten ab. In einem Leserbrief in der WAZ schilderte er den Weg des BVG-Präsidenten H.J. Papier vom engen Mitarbeiter des Ex-Nazis und Grundgesetzkommentators Theodor Maunz (Ratgeber der DVU) nach Karlsruhe. Feldmann schrieb: „Wer sich offenbar ohne Berührungsangst und ohne staatsrechtsgeschichtlichen Ekel in solche wissenschaftliche Gesellschaft begibt, bietet kaum Gewähr dafür, dass er die Beschränkung neonazistischer Hetze verfassungsrechtlich als ein Grundanliegen im Erbe unseres Grundgesetzes entdeckt." (...)

Vor einem Forum von Gewerkschaftern sei mir gestattet, noch einen weiteren Komplex anzusprechen, den der Verbindung reaktionärer Geschichtspolitik mit der Sozialpolitik. Mit Götz Alys Buch „Hitlers Volksstaat" soll von der Schuld der ökonomisch und politisch herrschenden Klasse am Faschismus abgelenkt und pauschal die Arbeiterklasse als Profiteur an NS-Massenverbrechen und am Krieg ausgewiesen werden, bis hin zu der Behauptung, der Nutzen des von Hitler geschaffenen Sozialstaates für die „Sozialschmarotzer" wirke bis heute, und auch deshalb sei der Sozialstaat in Frage zu stellen. Zu dieser scharfen These Götz Alys fand kürzlich eine bedeutende, aber leider nicht stark beachtete wissenschaftliche Konferenz an der Ruhruniversität Bochum statt. Unter dem Titel „Faschismus und soziale Ungleichheit" wurde zwei Tage lang beraten, wobei Dr. Gabriele Metzler (Tübingen) nachwies, dass der Sozialstaat auf 1918, wenn nicht gar die Bismarckzeit zurückgeht und nach 1945 einen Aufschwung erhielt. Prof. Thomas Kuczinski und Prof. Kurt Pätzold (beide Berlin) sahen eine erhebliche Verschlechterung der sozialen Lage der Massen infolge Faschismus und Krieg und einen Aufschwung der Profite wie nie in der Geschichte. Dabei sah Thomas Kuczinski eine bestimmte Art von Sozialpolitik als notwendigen Bestandteil nazifaschistischer Wirtschaftspolitik an, und Kurt Pätzold konkretisierte: Faschismus an der Macht herrscht über die Werktätigen des eigenen Landes mittels Terror und Demagogie aber auch mittels „Erfolgsbestechung" und „Erfolgsversprechen". Die „Legende vom üppigen Leben der Deutschen an der Heimatfront" (Pätzold) sei nicht neu, hinzugekommen ist der Versuch, mögliche Verbindungen der sozialpolitischen Orientierung der NS-Diktatur mit den Modellen moderner Sozialstaatlichkeit schon während, insbesondere aber nach dem Zweiten Weltkrieg nachzuweisen, um überkommene Sozialstaatskonzeptionen noch besser abwickeln zu können.

Nachdem NS-System und Sozialismus seit längerem auf eine Stufe gestellt werden, wird nun in Teilen der Geschichtsschreibung jegliche Sozialstaatlichkeit als dem NS ähnlich diffamiert. Solche Thesen sind zwar absurd. Aber sie drängen aus zwei Gründen in den Vordergrund: Es soll im Mainstream endlich Schluss gemacht werden mit der Behauptung von der Schuld und Nutznießerschaft der Wirtschaft am Faschismus, – und es soll eine historische Begründung her, und sei sie noch so unsinnig, dass der Sozialstaat, wie er im Grundgesetz definiert ist und wie er gegenwärtig demontiert wird, ein Resultat des Faschismus und damit entbehrlich ist. Und entbehrlich, weil letztlich rückwärtsgewandt, sei auch der Klassenkampf für den Erhalt sozialstaatlicher Errungenschaften.

Wir dürfen gespannt sein auf die Veröffentlichung der Konferenzunterlagen durch PD Dr. Christoph J. Bauer (Uni Bochum), der die Konferenz leitete. Und wir dürfen gespannt sein, auf die Antwort auf den im Plenum gemachten Vorschlag, nun eine wissenschaftliche Konferenz zum Thema „Verbrechen der Wirtschaft im deutschen Faschismus" folgen zu lassen. ■

Härtefallkommission löst nicht alle Probleme

STUTTGART. Die Härtefallkommission, die im vergangenen September ihre konstituierende Sitzung hatte, legte kürzlich einen Bericht über die ersten drei Monate (Oktober bis Dezember) ihrer Tätigkeit vor. Das Ergebnis in Zahlen lautet: 820 Eingaben, die 3300 Personen umfassen, davon wurden 197 bearbeitet, 42 Eingaben führten zu einem Härtefallersuchen an das Innenministerium, das in 37 Fällen die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis anordnete.

Diese Zahlen und „Fälle“ stehen für Menschen, die von der Entscheidung der Härtefallkommission existenziell betroffen sind, deren weiterer Lebensweg sich zum Positiven oder zum Negativen radikal verändern wird. Die Einen sind am Ziel all ihrer Träume – und wie bescheiden sind ihre Träume im Vergleich zu denen der meisten Einheimischen – und können sich nun endlich ein selbstbestimmtes Leben aufbauen; den anderen bleibt nach vielen Jahren des Hoffens und Bangens nur die Rückkehr in ein Land, aus dem sie geflohen sind, das nicht mehr das ihre ist, in dem ihre Dörfer, Häuser etc. zerstört sind, in denen sich die Gefährdung kaum verringert hat: Kosovo, Afghanistan, die Kurdengebiete der Türkei usw.

Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg hat die Einrichtung einer Härtefallkommission begrüßt. Kann so doch einigen Wenigen ein Bleiberecht erteilt werden. Er ist sich der Schwierigkeiten der Entscheidungen bewusst, die ein solches Gremium zu fällen hat. Die Häufigkeit der Sitzungen und die Gründlichkeit der Beratungen jedes einzelnen Falles, die aus dem Bericht hervorgehen, zeigen, dass die Kommission es sich wahrlich nicht leicht macht.

Schaut man allerdings auf die Kriterien der Entscheidung, so fragt man sich, ob es menschlich verantwortbar ist, wenn vor allem die in den Genuss einer Härtefallregelung kommen, die ihren eigenen Lebensunterhalt verdienen und „deutlich über den Durchschnitt herausragende Integrationsleistungen“ aufweisen. Der Flüchtlingsrat befürchtet, dass hier zu stark das Interesse des Staates und nicht genug das der Flüchtlinge im Vordergrund steht. Viele Flüchtlinge konnten unverschuldet bisher nicht oder nicht genug arbeiten wegen fehlender Arbeitserlaubnis oder wegen ihres nachrangigen Zugangs zum Arbeitsmarkt. Sehr hart ist auch das Schicksal von Traumatisierten, bei denen nach der Rückkehr in ihr Land eine Retraumatisierung droht, die im Herkunftsland kaum je angemessen behandelt werden kann. Auch solche wirklichen Härtefälle sollten in der Kommission Berücksichtigung finden.

Diese Einwände zeigen, dass die Härtefallkommission allein keine menschliche und gerechte Lösung für die vielen langjährig hier lebenden Flüchtlinge bringen kann. Ca. 16.000 Geduldete (Stand März 2005) leben seit mehr als fünf Jahren, ca. 10.000 schon seit mehr als zehn Jahren in Baden-Württemberg. Für diese Flüchtlinge kann es nur eine Lösung geben: eine „Altfallregelung“, wie sie nicht nur von Flüchtlingsorganisationen, sondern von vielen Politikern aller Parteien, u.a. auch der Migrationsbeauftragten Frau Böhmer, und von der Mehrzahl des Landesregierungen empfohlen wird. Der Flüchtlingsrat plädiert deshalb an die Landesregierung, sich bei der nächsten Innenministerkonferenz im Mai für ein Bleiberecht langjährig hier lebender Flüchtlinge einzusetzen.

Ulrike Duchrow, Flüchtlingsrat Baden-Württemberg e. V ■

Bundesweite Demo am 1. April in Dessau

Kann sich ein Mensch selbst verbrennen, wenn er an Händen und Füßen fixiert worden ist? Wie ist es möglich, dass ein Mensch ausgerechnet in einer Gefängniszelle im sogenannten „Sicherheitsgewahrsam“ verbrennt und die Todesumstände über ein Jahr lang ungeklärt bleiben? Oury Jalloh, ein 21-jähriger Flüchtlinge aus Sierra Leone, starb am 7. Januar 2005 in Polizeigewahrsam, mit Handschellen an Händen und Füßen auf das Zellenbett gefesselt. Todesursache: Hitzeschock. Die offizielle Version: Das Opfer habe die Matratze mit einem Feuerzeug angezündet, Feuer gefangen und sei verbrannt. Also Selbstmord?

Diese Version warf vor einem Jahr schon schwerwiegende Zweifel auf, die bis jetzt nicht entkräftet worden sind, sondern sich erhärtet und ausgeweitet haben. Das Feuer brach, den Ermittlungen zufolge, gegen Mittag in der Zelle aus. Der Rauchmelder in der Zelle schlug zweimal Alarm. Geräusche und Hilferufe, von einer Gegensprechanlage übertragen, wurden von den diensthabenden Beamten registriert, aber ignoriert. Angeblich hatte der Dienstgruppenleiter die Anlage kurz vor zwölf Uhr leise gestellt, weil er ein Telefongespräch nicht verstehen konnte. Erst als auch der Lüftungsschalter Alarm schlug, ging er in den Keller. Zu spät. Oury Jalloh lag auf einer brennenden Matratze, sein Körper quasi verkohlt. Reste eines Feuerzeugs wurden erst bei späteren „Ermittlungen“ in der Zelle gefunden.

13 Monate nach dem Tod Oury Jallohs gibt es immer noch keine Klarheit über die Umstände und die Verantwortungen. Trotz massiver, mittlerweile der Öffentlichkeit bekannter Unregelmäßigkeiten und Widersprüche wird kein Gerichtsprozess angestrengt. Die verantwortlichen Polizeibeamten und der Arzt, der den Todesschein ausstellte, sind immer noch im Dienst.

Die Dessauer Staatsanwaltschaft hat zwar Anklage wegen Körperverletzung mit Todesfolge und wegen fahrlässiger Tötung gegen zwei Polizisten erhoben. Mit immer neuen Einwänden wird aber versucht, die Verfahren einzustellen – bis ins Absurdum. Jetzt heißt es, die Anklage der Rechtsanwälte der Familie Jalloh sei nicht gültig, denn es beständen nicht genügend Beweise, dass es sich tatsächlich um die Familie Jalloh handele. Die Zeit vergeht. Bestimmte Verbrechen vergisst man.

Die Geschehnisse in Dessau sind nur der Gipfel des Eisbergs. Die Realität von Flüchtlingen und MigrantInnen in ganz Europa wird von Tag zu Tag dramatischer. Zunehmende Verfolgung und Kriminalisierung kennzeichnen den Alltag von nicht-Europäern in Form von immer mehr Gewalt, Kontrollen, Abschiebungen. Damit werden Hass und Ausgrenzung noch tiefer in der Gesellschaft verankert. Allein zwischen 1990 und 2004 starben in Deutschland elf MigrantInnen im Zuge polizeilicher Maßnahmen, zwölf wurden durch rassistische Angriffe auf der Straße umgebracht.

Nun wird auch Mouctar Bah, der Mensch, der im Mordfall Oury Jalloh am Entschiedensten für Wahrheit und Gerechtigkeit gekämpft hat, kriminalisiert und verfolgt. Am 7. Februar schlossen die Behörden sein Telecafe – im „öffentlichen Interesse“, so hieß es, da er angeblich Drogendealer in seinem Laden tolerierte. Das Cafe war Bahs finanzielle Grundlage und ein zentraler Treffpunkt für die Initiative in Gedenken an Oury Jalloh.

Obwohl Presse und Fernsehen verschiedentlich auf die rassistischen Hintergründe des Todes aufmerksam machten (z. B. Spiegel, ARD) und einige Initiativen eine rückhaltlose Aufklärung der Widersprüche forderten, bleibt die Neigung zum Verschweigen und Vergessen in dieser Gesellschaft bis heute stärker.

Es bedarf JETZT eines entschiedenen öffentlichen Drucks, damit der Prozess tatsächlich eröffnet wird. Wir fordern Aufklärung, Gerechtigkeit und Entschädigung gegen Rassismus und staatliche Gewalt

Initiative in Gedenken an Oury Jalloh, unterstützt von ARI, Plataforma, THE VOICE
http://plataforma-berlin.de / http://thevoiceforum.org
Mehr Information: 0176 - 254 33750 ■

„Ich habe keine Angst, der Buhmann zu sein"

NIEDERSACHSEN. Seit Wochen häuft sich die Kritik von Kirchen und auch Wohlfahrtsverbänden an der Flüchtlingspolitik des Landes und an Innenminister Uwe Schünemann (CDU). Von ihm wünscht sich Landesbischöfin Margot Käßmann eine „kreativere" Flüchtlingspolitik. Und auch Käßmanns katholischer Amtsbruder Norbert Trelle, der künftige Bischof von Hildesheim, hat sich für eine weitergehende Bleiberechtsregelung für lange in Deutschland lebende und gut integrierte Flüchtlinge ausgesprochen. „Wir suchen durchaus das Gespräch mit den Kirchen", sagt der Innenminister. Er will aber trotz der Kritik bei seiner Position bleiben. „Ich habe keine Angst, als Buhmann dazustehen."

Es werde keinen Schwenk in der Flüchtlingspolitik des Landes geben, betont der Innenminister, dem Flüchtlingsverbände vorwerfen, auf der letzten Innenministerkonferenz eine großzügigere Bleiberechtsregelung per Veto verhindert zu haben. „Ein generelles Bleiberecht kommt für uns nicht in Frage – es würde, ich habe das oft betont, eine zu große Sogwirkung entfalten." Nur durch die Konsequenz, die man in dieser Frage bewiesen habe, seien letztlich die Zahlen von Asylbewerbern abgebaut worden.

„Es wird in Zukunft nicht mehr Probleme mit Menschen geben, die mehr als zehn Jahre hier im Ungewissen leben. Wir streben an, dass alle Asylverfahren in einem kurzen Zeitraum von höchstens drei Jahren abgeschlossen werden", sagt der Innenminister. Dass seine Haltung „unchristlich" sein soll, kann er nicht verstehen. Schließlich habe er auf der letzten Innenministerkonferenz ein gesetzliches Bleibe- und Wiederkehrrecht für Jugendliche im Alter von 15 bis 21 Jahren vorgeschlagen, das an Lösungen für türkische Jugendliche aus den achtziger Jahren anknüpft, die mit ihren Eltern zur Ausreise gezwungen waren, obwohl sie hier bleiben wollten. Der Caritas-Verband schätzt, dass in Niedersachsen 12000 Flüchtlinge, die mehr als fünf Jahre in Deutschland leben, von der Abschiebung bedroht sind. In ausführlichen Schreiben an die Caritas wie auch an andere kirchliche Verbände haben Schünemanns Flüchtlingsexperten inzwischen um Verständnis für die Position des Innenministers geworben. Der Vorwurf, der Minister reiße mit seinem Plan Familien auseinander, wenn er nur gut integrierten Jugendlichen ein Bleiberecht ermögliche, fällt im Innenministerium auf blankes Unverständnis. Man verkenne die Intention des Vorschlages.

„Es ist uns unverständlich, wie man dieses zusätzliche Angebot für ein Bleiberecht für Jugendliche auch von abgelehnten Asylbewerbern als familienfeindlich diffamieren kann", heißt es. 1990, als zum ersten Mal eine derartige Bleibe- und Wiederkehroption in das Ausländerrecht übernommen wurde, sei ein solcher Vorstoß begrüßt worden. Denn richtig verstanden verbessere er doch die Lage von Familien, die auch Mitglieder hätten, die ein selbstständiges Leben außerhalb des Elternhauses führen könnten. *bee* ■

Menschen in Lagern in Deutschland: erniedrigt, abhängig und rechtlos!

BRAMSCHE. Das Komitee für Grundrechte und Demokratie unterstützt die Forderungen der über 180 Flüchtlinge aus dem Rückführungs- und Abschiebelager in Bramsche-Hesepe nach Schließung des Lagers und nach einer dezentralen Unterbringung. Konkret fordern sie mehr Autonomie, die Möglichkeit einer selbstbestimmten Alltagsgestaltung (vor allem bei der Ernährung) und die Wahrung grundlegender Menschenrechte wie z.B. das Recht auf Bildung, auf angemessene medizinische Behandlung, auf sprachliche Teilhabe und das Recht auf Bewegungsfreiheit.

Der offene Brief der Menschen, die in Bramsche-Hesepe festgesetzt worden sind, verdeutlicht eindringlich ihre systematische und alltägliche Erniedrigung und Entrechtung im staatlichen Auftrag. Das Lager dient vor allem dazu, Menschen in einer bewusst subhuman ausgestalteten Umgebung in Perspektivlosigkeit und Verzweiflung zu treiben, damit sie ihrer „freiwilligen Ausreise" (gezwungenermaßen) zustimmen.

Das ist das beschämende Programm des Lagers und dagegen wehren sich die BewohnerInnen – oder sollte man von „Insassen" sprechen? – mit ihrem verzweifelten Appell zu Recht. Die für die skandalösen Zustände verantwortliche Landesregierung ist allerdings nicht einmal dazu bereit, mit den Menschen zu sprechen. Wozu auch? Man will sie – die Unerwünschten, die entwurzelten Habenichtse – ohnehin so schnell wie möglich wieder loswerden.

Die Einrichtung des Rückführungs- und Abschiebelagers in Bramsche-Hesepe ist nur ein, wenn auch wesentlicher Baustein der niedersächsischen Abschiebemaschinerie, die aktuell Hunderte von Menschen bürokratisch-rechtstaatlich in die nackte Verzweiflung treibt.

Verschärfte Abschiebungen, restriktive Rechtsauslegungen und die Verweigerung einer Bleiberechtsregelung für bereits seit Jahren im Land lebende Flüchtlinge ergänzen die brutale Lagerrealität.

Nur weil Gesetze eine solche staatliche Praxis decken, muss sie noch lange nicht mit den Menschenrechten konform gehen. Denn wer Menschen in Lager steckt, erniedrigt sie als Menschen und kappt ihre Chancen, menschlich zu leben. Lager in all ihren verschiedenen Gestalten sind darum mit den Grund- und Menschenrechten unvereinbar. Sie gehören abgeschafft!

Wir rufen deshalb mit auf zur Demonstration der Lagerinsassen am 2. März um 13.00 Uhr in Hannover am Kröpcke (Innenstadt).

Thomas Hohlfeld, Komitee für Grundrechte und Demokratie, info@grundrechtekomitee.de ■

Skandalöser Einbürgerungs-Fragebogen in Bayern ab 1. März

MÜNCHEN. Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) ist entsetzt über den Fragebogen, den nun auch die Bayerische Staatsregierung künftig im Rahmen des Zuwanderungsgesetzes einbürgerungswilligen Menschen vorlegen will.

Unter den darin aufgelisteten nahezu 200 als „extremistisch" oder „extremistisch beeinflusst" genannten Organisationen findet sich auch die VVN-BdA. Die älteste und mitgliederstärkste Vereinigung ehemaliger Verfolgter des Naziregimes, ihrer Nachkommen und jüngerer Antifaschisten wird in diesem Fragebogen nicht nur in einer Reihe mit neofaschistischen Parteien und Gruppen genannt, sondern auch mit terroristischen Gruppierungen wie Al-Qaida. Neben der VVN-BdA sind von dieser – vom Verfassungsschutz erstellten – Auflistung eine Reihe weiterer antifaschistisch und demokratisch engagierter Organisationen und Parteien betroffen.

Die bereits in Baden-Württemberg mittels des Zuwanderungsgesetzes eingeleitete Diskriminierung von Bewerberinnen und Bewerbern um die deutsche Staatsangehörigkeit wird durch den Vorstoß aus Bayern noch verschärft. Ausländerinnen und Ausländer, die sich um einen deutschen Pass bewerben, müssen in dem Fragebogen, den sie vor den Augen der zuständigen Beamten ausfüllen sollen, nicht nur Auskunft über etwaige aktuelle Mitgliedschaften in den aufgeführten Gruppierungen erteilen. Darüber hinaus wird von ihnen verlangt, anzugeben, ob sie irgendwann früher einmal solchen Organisationen angehört haben und ob sie diese durch Spenden oder den Bezug von Presseorganen „unterstützen". Damit werden Einbürgerwilligen von vorneherein Grundrechte und Menschenwürde abgesprochen, werden Informations- und Meinungsfreiheit und Koalitionsrechte annulliert und die Privatsphäre der Antragssteller aufs Gröbste verletzt. Die VVN-BdA fordert: 1) Der skandalöse Fragebogen muss von der Bayerischen Staatsregierung ersatzlos zurückgezogen werden. 2) Einstellung der Bespitzelung und Diskriminierung der VVN-BdA durch die Verfassungsschutz-Behörden.

Bundesausschuss der VVN-BdA ■

freiburg-postkolonial.de

Konzept für ein lokalpolitisches Projekt der Erinnerungsarbeit

freiburg-postkolonial.de ist ein neues Projekt des informationszentrums 3. welt (iz3w) und informiert über die Kolonialvergangenheit der Stadt Freiburg im Breisgau (und ihrer näheren Umgebung). Dieses Thema ist bislang weitestgehend verdrängt und entsprechend auch nicht aufgearbeitet worden. In Freiburg fand sich jedoch die ganze Palette wissenschaftlicher Institutionen, wirtschaftlicher Interessen, persönlicher Motivationen und auch öffentlicher Debatte und Agitation, die den deutschen Kolonialismus kennzeichnete. Das Projekt freiburg-postkolonial.de untersucht diese Zusammenhänge und damit auch die Rückwirkungen, die der deutsche Kolonialismus auf das Denken in dieser Stadt gehabt hat.

Das folgende Zitat dokumentiert exemplarisch, wie in Freiburg auch lange nach 1919 Kolonialpropaganda verbreitet wurde: „Deutschland kann ohne Kolonialbesitz nicht leben. Das haben die letzten 18 Jahre zur Genüge bewiesen. Die Raumnot fordert gebieterische Erweiterung der heimischen Grenzen. Gebiete, vielfach so groß wie unser Vaterland, gehörten uns, waren durch Verträge mit den eingesessenen Bewohnern in unseren Besitz gekommen und in knapp drei Jahrzehnten in mustergültiger Weise erschlossen und dem deutschen Volke dienstbar gemacht worden. (...) In eigenen Kolonien muss die heranwachsende deutsche Jugend sich den Wind um die Nase wehen lassen, dort soll sie sich stählen können für den Kampf des Lebens." Maximilian Knecht, Oberstleutnant a. D., Vorsitzender der Oberbadischen Abteilung der Deutschen Kolonialgesellschaft mit Sitz in Freiburg zu deren 50. Jubiläum, Breisgauer Zeitung, 24. 11. 1932

Die deutsche Kolonialvergangenheit

Die deutsche Kolonialvergangenheit ist in der Öffentlichkeit der Bundesrepublik Deutschland lange Zeit kaum präsent gewesen. Etwa seit Ende 2003 ist jedoch ein wachsendes Interesse an der Aufarbeitung zu verzeichnen. Dies drückt sich in einer ganzen Reihe von Buchpublikationen, Presseartikeln, Fernsehbeiträgen, Tagungen und Gedenkveranstaltungen aus, die die Kolonialkriege vor 100 Jahren erst in „Deutsch-Südwestafrika" und dann in „Deutsch-Ostafrika" thematisierten.

Von staatlicher Seite aus gab es in 2004 z. B. die viel beachtete Entschuldigungsrede von Bundesministerin Wieczorek-Zeul in Namibia und erstmals wieder nach 15 Jahren einen – wenn auch völlig unverbindlichen – Bundestagsbeschluss (ebenfalls zu den kriegerischen Auseinandersetzungen in der südwestlichen Kolonie des deutschen Reiches).



Die Admiral-Spee-Straße wurde bereits zu Beginn der NS-Zeit nach Maximilian Reichsgraf von Spee benannt. Der Vizeadmiral hatte das Kommando über das koloniale Ostasiengeschwader, das zuständig für die militärische Herrschaftssicherung in Kiautschou (China) und den diversen Südseeinseln in deutschem Besitz war. Nach verschiedenen kleineren kolonialen Experimenten deutscher Fürsten im Laufe der Jahrhunderte war Kaiser Wilhelm I. derjenige, der das größte deutsche Kolonisierungsprojekt protegierte bzw. durchführte. Unter seiner Herrschaft wurden Togo, Kamerun, „Deutsch-Südwestafrika", „Deutsch-Ostafrika", Kaiser-Wilhelmsland (Neu-Guinea) und die vielen pazifischen Inseln annektiert. Sein Nachfolger Wilhelm II. fügte noch Kiautschou in China hinzu. Auf dem städischen Zentralfriedhof liegt das Grab eines der prominentesten deutschen Kolonialisten, Theodor Leutwein, dem langjährigen Gouverneur von „Deutsch-Südwestafrika"

Ein wesentliches Element der Erinnerungsarbeit besteht darin, historische Fakten wieder zugänglich zu machen und aufzubereiten sowie durch Angebote zu deren Interpretation das Verständnis der Bevölkerung in Deutschland für die gemeinsame Geschichte mit den betroffenen Ländern zu fördern. Als „Betroffene" wird dabei auch zunehmend die kolonisierende Gesellschaft selbst thematisiert. Welches Gedankengut führte überhaupt zum Kolonialismus, wie breit war es verankert, welche zeitgenössischen – auch oppositionellen – Debatten wurden vor und während der Zeit der formalen Kolonialherrschaft geführt? Welche Wechselbeziehungen mit den Kolonisierten gab es bzw. welche Rückwirkungen hatte die koloniale Erfahrung auf die direkt oder indirekt Beteiligten? Wie setzte sich der „koloniale Phantomschmerz" dann nach dem endgültigen „Verlust" der Kolonien im Jahre 1919 (Versailler Vertrag) fort? Diese Fragen zielen weit über die im Vergleich zu anderen Kolonialmächten kurze Phase formaler Herrschaft hinaus. Es geht vielmehr um grundlegende Fragen des Umgangs mit Menschen anderer Kulturen bzw. Gesellschaften, um eigene Zivilisations- und Entwicklungsvorstellungen.

Dies ist zu betonen, weil derzeitig leider auch eine zunehmende Kolonialnostalgie zu verzeichnen ist und revisionistische Vereine wie der Traditionsverband Zulauf erhalten und mit aufwändigen Webseiten äußerst präsent im Internet sind.

Bei der Thematisierung der genannten Fragen, also auch der kritischen Überprüfung eigener Denkmuster, wird deutlich, dass es sich bei den Problemen von sog. Entwicklungsländern nicht um eine reine „Fernproblematik" handelt. Um Geschichte „erfahrbar" zu machen und ein besonderes Interesse von BürgerInnen zu wecken, bietet es sich an, sie wörtlich „dort abzuholen, wo sie stehen", nämlich in ihrer eigenen Stadt.

Fokus Freiburg

Gemäß der Analyse des Kolonialismus als „kollektive mentale Struktur" war dieser kein Randphänomen oder auf wenige Metropolen beschränkt. Er spiegelt sich wider in den Berichten und Debatten der lokalen Zeitungen der Zeit, in der massiven Verbreitung von Kolonialliteratur oder weil die aufgrund des Streits um die weitere Kriegsfinanzierung in „Deutsch-Südwest" angesetzte Reichstagswahl von 1907 (die sogenannte „Hottentotten-Wahl") eben das ganze Reich betraf. Mit dem Projekt freiburg-postkolonial.de soll die koloniale Verwicklung am Beispiel Freiburgs und seiner näheren Umgebung aufgearbeitet werden. Dabei wäre die Bezeichnung „koloniale Provinz" im Falle Freiburgs nicht einmal richtig, denn es hat die ganze Palette kolonialer Interessen und Motivationen, Institutionen und Personen zu bieten, von der Wissenschaft bis zu Militärs.

Obwohl es an der Freiburger Universität verschiedene HistorikerInnen gab und gibt, die sich mit dem deutschen Kolonia-

lismus beschäftigten bzw. dies aktuell tun, ist die Stadtgeschichte in der Hinsicht bislang fast gar nicht aufgearbeitet worden und es herrscht ein entsprechend äußerst geringes Problembewusstsein.

Die Ausnahme bildet eine Jubiläumsschrift des Adelhauser Museums für Völkerkunde von 1995. Darin wird thematisiert, dass das Museum nicht nur im Kontext kolonialen (Forschungs-)Interesses gegründet wurde, sondern auch wesentliche Teile der Ausstellungsstücke von mit Freiburg verbundenen Offizieren, Forschern und Händlern unter im jeweiligen Fall mehr oder weniger fragwürdigen Bedingungen aus den Kolonien herangeschafft wurden (z.B. vom Gouverneur von „Deutsch-Südwestafrika", Theodor Leutwein, dessen Grab auch in Freiburg liegt). Damit begegnen MuseumsbesucherInnen hier derselben Problematik wie in Berliner Museen.

Entgegen der weitläufig verbreiteten Meinung gibt es aber auch darüber hinaus eine Vielzahl an engen Verbindungslinien in Form von Personen, Institutionen, Literatur, Orten und Ereignissen, die ihrer Erforschung, sachgerechten Aufarbeitung und Präsentation für die Freiburger BürgerInnen harren.

Für einen Typus steht der bis zu seinem Tode sehr angesehene Freiburger Professor Eugen Fischer, der seine Reputation durch die in „Deutsch-Südwest" durchgeführte rassenbiologische Studie „Die Rehobother Baster und das Bastardisierungsproblem beim Menschen" (1908) erwarb. Fischer stand mit seiner Rassenforschung keineswegs alleine, konnte er doch in der Freiburger Ortsgruppe der Deutschen Gesellschaft für Rassenhygiene eine ganze Reihe weiterer prominenter Professoren (wie den Direktor der inneren Klinik und Freiburger Ehrenbürger Christian Bäumler) versammeln. Er war nicht nur der Mentor des Naziarztes Dr. Josef Mengele; die NS-Kommentatoren der Nürnberger Rassegesetze vom September 1935 bezogen sich ausdrücklich auf Fischers Studie und er war z.B. 1937 persönlich als Gutachter für die Gestapo an Zwangssterilisationen von Kindern weißer deutscher Frauen und farbiger französischer Soldaten, den sog. „Rheinlandbastarden" beteiligt. 1939 erhielt Fischer zu seinem 65. Geburtstag den medizinischen Ehrendoktor von seiner geliebten Heimatuniversität Freiburg, samt der Goethemedaille für Kunst und Wissenschaft des ‚Führers'.

Noch im Jahr 1961 wurde sein Buch über das Bastardisierungsproblem in einer leicht gesäuberten Fassung neu aufgelegt.

Das Projekt

Im Zentrum von freiburg-postkolonial.de soll als Informations- und Vernetzungsplattform die gleichnamige Internetpräsenz stehen. Als work in progress soll sie einerseits neue Texte, Dokumente und Erkenntnisse immer zeitnah und frei zugänglich machen und andererseits zur aktiven Mitarbeit aufrufen.

Auf der Grundlage der gesammelten Informationen, Texte und daraus entstehenden Debatten sollen mittelfristig ein Buch und weitere Materialien im Verlag des informationszentrums 3. welt erscheinen.

In Ergänzung dazu sollen regelmäßig Veranstaltungen zu Aspekten des deutschen Kolonialismus allgemein und speziell zu Freiburger Themen stattfinden. Eine besondere Veranstaltungsform wären antikoloniale Stadtführungen, die z.B. für Schulklassen angeboten werden könnten.

Um all diese Informationen anbieten zu können, ist zunächst ein großes Maß an Recherchearbeit nötig. Deshalb möchten wir zur Unterstützung des Projektes einladen: Wer nützliche Hinweise geben möchte oder gar eigene Texte, Bilder oder Dokumente beisteuern kann, ist ganz herzlich dazu eingeladen. Auch finanzielle Unterstützung ist herzlich willkommen

Kontakt: Heiko Wegmann
webmaster@iz3w.org ■

:ostritt

Hochrangigen Besuch hatte der Bund der Vertriebenen (BdV) Anfang Februar bei seinem Jahresempfang im Berliner Opernpalais. Rund 400 Gäste aus Politik und öffentlichem Leben vermeldete die Organisation, darunter Abgeordnete aller im Bundestag vertretenen Parteien mit Ausnahme der Linkspartei.PDS. Anwesend waren darüber hinaus Funktionsträger der christlichen Kirchen und nicht zuletzt Diplomaten aus insgesamt 18 Staaten – ein symbolisch wichtiger Akt internationaler Anerkennung für den BdV.

BdV-Präsidentin Erika Steinbach kündigte auf dem Empfang ihre wichtigsten diesjährigen Vorhaben an. Vom 10. August bis zum 29. Oktober soll im bundeseigenen Berliner Kronprinzenpalais die Ausstellung „Erzwungene Wege" gezeigt werden, die von der BdV-Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen verantwortet wird (vgl. AN 3/06). Beim diesjährigen Tag der Heimat wird am 2. September Bundespräsident Horst Köhler als Festredner auftreten – ein Höhepunkt, der dem Auftritt des damaligen Bundespräsidenten Johannes Rau auf dem Tag der Heimat im September 2003 gleicht.

Raus Festrede hatte damals hohe diplomatische Wellen geschlagen. „Hitlers verbrecherische Politik entlastet niemanden, der furchtbares Unrecht mit furchtbarem Unrecht beantwortet hat", griff der Bundespräsident damals die Weltkriegs-Alliierten wegen der Potsdamer Beschlüsse über die Umsiedlung der Deutschen an. Keine zwei Wochen später warnte der polnische Staatspräsident Kwasniewski vor einer weiteren Aushöhlung der Nachkriegsordnung: „Es muss daran erinnert werden", schrieb er in der polnischen Tageszeitung Rzeczpospolita, „womit die Schwierigkeiten auf unserem Kontinent begonnen haben, die letztlich zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges führten: mit der Untergrabung des Versailler Vertrages."

An das Ende des Konfliktes erinnerte Bundeskanzlerin Merkel in ihrem Redebeitrag beim diesjährigen BdV-Jahresempfang. Unter „maßgeblicher Einwirkung" von Rau sei im Oktober 2003 schließlich die „Danziger Erklärung" zustande gekommen, in der sich die Präsidenten Deutschlands und Polens verpflichteten, alle Umsiedlungen im Europa des 20. Jahrhunderts „neu (zu) bewerten und (zu) dokumentieren". Kulturstaatsminister Bernd Neumann führe darüber jetzt „intensive Gespräche", berichtete Merkel. Eine neue Offensive zur Errichtung des Zentrums gegen Vertreibungen scheint bevorzustehen: „Wenn es um das sichtbare Zeichen in Berlin geht", erklärte die Bundeskanzlerin, „dann ist das nicht nur die Aufgabe des BdV, dann ist das unser aller Aufgabe". *jk (nach DOD 2/2006)* ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB); Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Kampf der Kulturen Teil I – die Menschenwürde soll antastbar sein

Junge Freiheit Nr. 8/06
vom 17. Februar 2006

Mit Unterstützung des Verlegers Herbert Fleissner, des ehemaligen Bundesministers Carl-Dieter Spranger und etwa 1500 Unterschriften ist es dem Blatt doch noch gelungen, einen Stand auf der Buchmesse in Leipzig zu erhalten. Am 10. Februar teilte die Messeleitung dem Blatt mit, der Stand sei genehmigt. Die JF feiert dieses Zugeständnis als „Sieg für die Pressefreiheit“.

In derselben Ausgabe verbreitet sich der JF-Redakteur *Thorsten Hinz* über den „Kampf der Kulturen“, der anlässlich der Mohammed-Karikaturen nun offen ausgebrochen sei und greift dabei sehr direkt das Grundgesetz an:

„Das informelle Gesetz, das die Presse- und Meinungsfreiheit am schlimmsten verhunzt und das Land in eine gefährliche Lage gebracht hat, ist der Humanitarismus, der den Satz ‚Die Würde des Menschen ist unantastbar‘ als Einladung an eine schrankenlose Völkerfamilie interpretierte, sich unter die Fittiche des deutschen Sozialstaats zu begeben. Die herzerwärmende Familienmoral, der familiäre Solidaritätskomplex wurde auf die ‚Menschheit‘ ausgedehnt, und jeder Einspruch, der auf dem Primat des Staates und der Interessen des Staatsvolkes bestand, als nationalistisch, rassistisch, ausländerfeindlich oder rechts gebrandmarkt.“

Es ist so, dass die Unantastbarkeit der Menschenwürde Vorrang hat gegenüber dem von Faschisten, Nationalisten und Konservativen geforderten Vorrang des Staates. Jeder Staat und jede Gesellschaft, die sich diesem Grundsatz verpflichtet, kann seine Gültigkeit nicht aufsplitten, sonst tritt sie die Menschenwürde mit Füßen.

Kampf der Kulturen Teil II – die „Söhne“ als „Zukunfts-Macher“

Junge Freiheit Nr. 9/06
vom 24. Februar 2006

Blatt-Autor *Götz Kubitschek* verlangt die Wiederbelebung der Nation als kollektives „Wir“ und kündigt einen erneuten Versuch eines nationalen Roll-Backs an: „Wir müssen die Ideologen der multikulturellen Gesellschaft stellen. Bereits jetzt hört ihnen kaum einer mehr gläubig zu. Aber das darf uns nicht genügen. Wir müssen eine zweite Vergangenheitsbewältigung anstoßen ... Die meisten meinten es nicht gut ... sie wollten die Bundesrepublik umgründen und aus unserem Volk eine Bevölkerung machen. Mit diesen Leuten kann man nicht an einem Strang ziehen ... Wir müssen die Realität der multikulturellen Gesellschaft in Deutschland aktuell und gründlich dokumentieren und das Ausmaß der Verheerung für jeden nachvollziehbar zugänglich machen ... Die Internetseite www.migrationwatch.com leistet diese notwendige Arbeit für England bereits seit einigen Jahren, sie muss in Deutschland Nachahmer finden ... Wir müssen damit aufhören, eine alternde Gesellschaft für charmant oder interessant oder lebenswert zu halten. Dass die jungen Männer die Zukunfts-Macher einer Nation sind, schlicht die Anzahl der ‚Söhne‘ also etwas über die Dynamik eines Volkes aussagt, ist eine im kinderarmen Deutschland verdrängte Wahrheit. Wir brauchen mehr Kinder.“

Der Schluss zeigt die Richtung an. Kubitschek will mehr junge Männer. Warum, fragt man sich. Um deren Zukunft genauso verheerend zu vernichten, wie dies der deutsche Imperialismus bereits in zwei Weltkriegen mit seinen jungen „Zukunfts-Machern“ getan hat, und dabei Millionen Menschen anderer Staaten vernichtete?

Die Tradition der Wehrmacht wach halten

Junge Freiheit Nr. 10/06
vom 3. März 2006

Dieter Stein entdeckt einen geschichtspolitischen „Skandal“ bei der Bundeswehr. Anlass ist ein Beschluss des Bundestages vom 24. April 1998, der auf Antrag der damaligen PDS-Fraktion in Erinnerung an die Bombardierung der spanischen Stadt Guernica zustande kam und zum Inhalt hat, dass die Benennung von Kasernen nach ehemaligen Mitgliedern der Legion Condor rückgängig zu machen ist. Die Bundeswehr setzt diesen Parlamentsbeschluss zu Steins Entsetzen um:

„Statt die Resolution einfach zu ignorieren, säubert die Bundeswehr in vorauseilendem Gehorsam und mit der wohlwollenden Begleitung durch das Bundesverteidigungsministerium seitdem ihre Liegenschaften bis in den letzten Winkel.“ Dagegen fordert Stein: „Gibt es überhaupt einen legitimen Weg der deutschen Nation im Sinne kollektiver Selbstbehauptung? Wenn man diese Frage bejaht, dann muss man auch der deutschen Geschichte Positives abgewinnen ... dann treten aber auch die Heerführer und Soldaten hervor, die durch ihre Heldentaten (inzwischen ein Fremdwort in Deutschland) dafür sorgten, dass Reiche und Staaten nicht zerfielen, sondern verteidigt und zusammengeschlossen wurden. Vielen dieser vorbildlichen Soldaten und Offiziere, Heeresreformer und Strategen aus der Zeit Preußens, des Kaiserreichs, aber auch von Reichswehr und Wehrmacht, setzte die Bundeswehr ein Denkmal, indem sie Kasernen, Straßen, Kriegsschiffe und Truppenteile nach ihnen benannte. Sie bot jungen Soldaten damit lebendige Identifikation mit der eigenen Geschichte an. An diese Tradition wird jetzt im Rahmen einer fortgesetzten Kulturrevolution die Axt gelegt – ein Akt nationaler Schande.“

Nun könnte man sich darüber streiten, ob die Namen von preußischen Heerführen geeignet sind als Kasernen-Namen. Inhalt der Resolution und der bestehenden Erlasse ist jedoch, dass die erbärmlichen „Helden“ der faschistischen Wehrmacht nicht als Namensgeber für Kasernen und andere Einrichtungen der Bundeswehr dienen sollen. *uld* ■

